

OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

# Flüchtlinge

Die Asylpolitik der EU und Österreichs im Faktencheck –  
und wie es besser gehen könnte.

Arthur Gucci

Veronika Beck, BA

Laurentius Terzic, BSc

Wien, September 2015

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>1. Klärung wesentlicher Begriffe</b>	<b>2</b>
1.1. MigrantInnen, ZuwanderInnen	2
1.2. Flüchtlinge	2
1.3. Asylsuchende, AsylwerberInnen und Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte	2
<b>2. Flüchtlingspolitik der Europäischen Union</b>	<b>4</b>
2.1. Aktuelle Zahlen	4
2.2. Grundlagen der europäischen Flüchtlingspolitik	6
2.2.1. Rechtsinstrumente zur Asylpolitik	7
2.2.2. Gemeinsame Grenzüberwachung	8
2.3. Kritik	8
2.3.1. Asylrecht	8
2.3.2. Grenzsicherung	9
2.3.3. Geopolitik	9
<b>3. Flüchtlingspolitik in Österreich</b>	<b>11</b>
3.1. Aktuelle Zahlen	11
3.2. Grundlagen der österreichischen Flüchtlingspolitik	12
3.2.1. Asylverfahren in Österreich	12
3.2.2. Sozialleistungen	12
3.2.3. Arbeitsrecht	14
3.3. Kritik	14
3.3.1. Asylrecht	14
3.3.2. Sozialleistungen und Arbeitsrecht	15
<b>4. Best-Practice-Beispiele</b>	<b>16</b>
4.1. Nationale Ebene	16
4.1.1. Schweden	16
4.1.2. Österreich historisch	17
4.2. Kommunale Ebene	17
4.2.1. Riace (Italien)	18
4.2.2. Wien	18
4.2.3. Neudörfel (Burgenland)	20
4.2.4. Puchenstuben (Niederösterreich)	20
4.2.5. Gallneukirchen (Oberösterreich)	20
4.2.6. Gleisdorf (Steiermark)	21
4.2.7. Eichgraben (Niederösterreich)	21
4.2.8. Wolfau (Burgenland)	22

4.2.9.	Bad Eisenkappel (Kärnten)	22
4.2.10.	Weitensfeld (Kärnten)	23
4.2.11.	Kitzbühel (Tirol)	23
4.2.12.	Traiskirchen (Niederösterreich)	24
4.2.13.	Krumpendorf (Kärnten)	24
<b>Quellen</b>		<b>26</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Asylwerber in der EU, 2008–2014	4
Abbildung 2: Die frei häufigsten Staatsangehörigen der Asylwerber in der EU, 2014	5
Abbildung 3: Asylsuchende pro 100.000 EinwohnerInnen	6
Abbildung 4: Monatliche Entwicklung der Asylanträge, 2011–2015	11
Abbildung 5. Asylanträge nach Staatsangehörigkeit	11

## Einleitung

Ende des Jahres 2014 gab es weltweit etwa 59,5 Millionen Menschen, die aufgrund von Verfolgung, Konflikten, Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen ihre Heimat verlassen mussten.<sup>1</sup> Alleine im Jahr 2014 wurden 13,9 Millionen Menschen vertrieben. Nur ein geringer Anteil dieser Flüchtlinge sucht den Weg nach Europa. Doch seit dem Ausbruch des Syrien-Krieges und dem Wiederaufflammen der bewaffneten Konflikte im Irak sind auch die europäischen Staaten in verstärktem Ausmaß mit Flüchtlingen konfrontiert. Auch in Österreich ist die Zahl der Asylanträge deutlich gestiegen. So waren bis Ende Juni 2015 bereits mehr Asylanträge zu verzeichnen als im gesamten Vorjahr.<sup>2</sup> Ein Ende des Flüchtlingszustroms ist derzeit nicht in Sicht.

Die Bootskatastrophen im Mittelmeer mit inzwischen mehreren tausend Toten haben viele Menschen betroffen gemacht und eine emotionalisierte Debatte über die europäische Flüchtlingspolitik ausgelöst. Als auch in Österreich ankommende Flüchtlinge im Sommer im überfüllten Erstaufnahmelager Traiskirchen ohne Dach über dem Kopf leben mussten, hat die Diskussion auch die heimische Innenpolitik erreicht. Außergewöhnlich war aber auch die Hilfsbereitschaft zahlloser Menschen und vieler Institutionen, als im September zehntausende Flüchtlinge über Ungarn durch Österreich kamen.

Die aktuelle Lage macht deutlich, dass es innerhalb der EU keine einheitliche Strategie, keine von allen getragenen gemeinsamen Ziele und damit auch – trotz mehrerer Richtlinien dazu – keine untereinander abgestimmte Asylpolitik mit gleichen Standards für Anerkennung, Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden gibt. Allenfalls herrscht Konsens, dass man die Ursachen der Fluchtbewegungen beseitigen muss, also die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und Afrika sowie die schlechte Versorgungslage und Perspektivlosigkeit in den riesigen Flüchtlingslagern in der Türkei, dem Libanon oder Jordanien.

Bundes-, Landes- und Gemeindepolitik, aber auch viele BürgerInnen fragen sich: Wie geht es weiter, wie viele kommen noch, wie schaffen wir es, ordentliche Quartiere, Betreuung oder auch Beschäftigung für die bei uns schutzsuchenden Menschen sicherzustellen? Wie viele unter den Flüchtlingen kommen aus wirtschaftlichen Interessen?

Diese Arbeit soll sachliche Grundlagen für die Debatte aufbereiten, die Flüchtlingspolitiken von Europäischer Union und Republik Österreich kompakt darstellen sowie Best Practices von Staaten und Gemeinden aufzeigen, die es mit Engagement sowie kluger und humanitärer Politik geschafft haben, auch in der aktuellen Krise Flüchtlinge menschenwürdig zu behandeln.

---

<sup>1</sup> vgl. UNHCR: Global Trends 2014

<sup>2</sup> vgl. Bundesministerium für Inneres: Statistik Asylwesen

## 1. Klärung wesentlicher Begriffe

Im alltäglichen Sprachgebrauch werden Menschen, die nach Österreich kommen, oft ohne Unterscheidung als Ausländer, Migranten, Zuwanderer, Flüchtlinge, Asylanten, Asylwerber, usw. bezeichnet. Was bedeuten diese Begriffe und was unterscheidet sie?

### 1.1. MigrantInnen, ZuwanderInnen

Als MigrantInnen oder ZuwanderInnen werden Menschen bezeichnet, die von einem Wohnsitz zu einem anderen Wohnsitz umsiedeln. Dies kann aus verschiedensten freiwilligen und unfreiwilligen Gründen passieren, Flucht ist dabei nur ein möglicher Grund.

### 1.2. Flüchtlinge

In der Genfer Flüchtlingskonvention, dem zentralen internationalen Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen, sind Flüchtlinge Personen, die sich aufgrund einer begründeten Furcht vor Verfolgung außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, sowie Staatenlose, die sich ebenfalls aus begründeter Furcht vor Verfolgung außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates befinden. Anerkannte Fluchtgründe sind die Verfolgung wegen „Rasse“, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und politischer Überzeugung. Nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen zum Beispiel Elends- und Umweltflüchtlinge, Klimaflüchtlinge und sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ – ein in der öffentlichen Diskussion oft abwertend verwendeter Begriff, der AsylwerberInnen bezeichnet, die aus ökonomischen Motiven zuwandern.

Es ist nicht zwangsläufig notwendig, Staatsgrenzen zu überschreiten, um als Flüchtling zu gelten. Tatsächlich bleibt die Mehrheit der Vertriebenen innerhalb des eigenen Landes. So überquerten von 59,5 Millionen Flüchtlingen im Jahr 2014 nahezu zwei Drittel – etwa 38,2 Millionen – keine Grenzen.<sup>3</sup>

### 1.3. Asylsuchende, AsylwerberInnen und Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte

Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention können in einem fremden Staat um Asyl, das heißt um Aufnahme und internationalen Schutz, ansuchen. Im österreichischen Recht wird zwischen Asylsuchenden, AsylwerberInnen, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten unterschieden.

Bei **Asylsuchenden** handelt es sich um Menschen, die in einem fremden Staat um internationalen Schutz, also Asyl ansuchen.<sup>4</sup> In Österreich haben Asylsuchende die Möglichkeit, einen Asylantrag entweder in einem der drei Erstaufnahmezentren

---

<sup>3</sup> vgl. UNO-Flüchtlingshilfe: Zahlen & Fakten

<sup>4</sup> vgl. UNHCR: Flüchtlingsland Österreich – Glossar

(Traiskirchen/NÖ, Flughafen Wien Schwechat, Thalham/OÖ) oder bei Polizeidienststellen bzw. PolizeibeamtInnen zu stellen. Nach einer Erstbefragung vor Ort sowie einer zusätzlichen Befragung durch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl leitet dieses ein Zulassungsverfahren ein.<sup>5</sup>

Als **AsylwerberInnen** werden Fremde während des laufenden Asylverfahrens (das ist ab Einbringung eines Antrags auf internationalen Schutz bis zum rechtskräftigen Abschluss, der Einstellung oder Gegenstandslosigkeit des Verfahrens) bezeichnet.<sup>6</sup>

**Asylberechtigte** sind Fremde, denen nach Durchlaufen des Asylverfahrens Asyl gewährt wird. Sie sind mit anerkannten Flüchtlingen gleichzusetzen. Da sie im Besitz eines positiven Asylbescheids sind, haben sie Zugang zum Arbeitsmarkt und verschiedenen Sozialleistungen.<sup>7</sup>

**Subsidiär Schutzberechtigte** sind Personen, deren Asylantrag zwar abgewiesen wurde, aber deren Leben oder Gesundheit im Herkunftsland bedroht wird. Sie sind daher weder AsylwerberInnen noch Asylberechtigte (Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention), benötigen aber Schutz vor Abschiebung. Den Status des subsidiär Schutzberechtigten erhalten somit Personen, in deren Herkunftsstaaten eine „*Verletzung von Art. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK; Recht auf Leben), Art. 3 EMRK (Verbot der Folter) oder der Protokolle Nr. 6 oder Nr. 13 zur EMRK (Verbot der Todesstrafe)*“<sup>8</sup> nachzuweisen ist. Subsidiär Schutzberechtigte haben nur ein befristetes Aufenthaltsrecht von zunächst einem Jahr, das aber verlängert werden kann.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Asylverfahren

<sup>6</sup> vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Asylwerber

<sup>7</sup> vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Asylberechtigter

<sup>8</sup> Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

<sup>9</sup> vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

## 2. Flüchtlingspolitik der Europäischen Union

### 2.1. Aktuelle Zahlen

Im Jahr 2014 ist die Zahl der registrierten Asylwerbenden in der Europäischen Union auf einen Spitzenwert von 626.000 Menschen gestiegen, das sind 191.000 AsylwerberInnen mehr als im Jahr 2013.<sup>10</sup> Die Zahlen des ersten Quartals 2015 prognostizieren einen weiteren Anstieg: 185.000 Asylsuchende beantragten in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 erstmals Schutz in der Europäischen Union. Diese Zahl blieb gegenüber dem letzten Quartal 2014 nahezu unverändert, ist jedoch im Vergleich zum ersten Quartal 2014 um 86% gestiegen. Aktuellere Angaben sind bisher noch nicht verfügbar.<sup>11</sup>

Der Hauptgrund für den starken Anstieg ist der Bürgerkrieg in Syrien. Seit dem Jahr 2011 schwelt dort eine militärische Auseinandersetzung zwischen Truppen der Regierung von Präsident Baschar al-Assad und den KämpferInnen verschiedener Oppositionsgruppen. Im Verlauf des Krieges gewann zunehmend die terroristische Vereinigung „Islamischer Staat“ (IS) Oberhand und beherrscht inzwischen mehr als die Hälfte der Fläche Syriens. Von den rund 20 Millionen EinwohnerInnen Syriens befinden sich derzeit etwa 11 Millionen auf der Flucht, davon 4 Millionen im Ausland.<sup>12</sup>

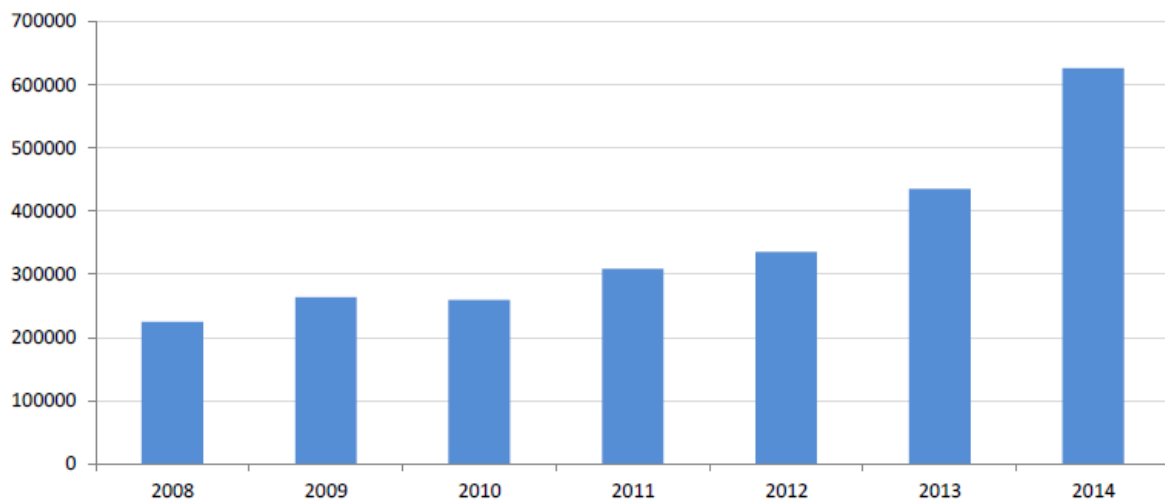


Abbildung 1: Asylwerber in der EU, 2008–2014<sup>13</sup>

<sup>10</sup> vgl. Eurostat (2015): Asyl in der EU

<sup>11</sup> vgl. Eurostat: Asyl in der EU im ersten Quartal 2015

<sup>12</sup> vgl. UNHCR (2015): Total number of Syrian refugees exceeds four million for first time

<sup>13</sup> Eurostat (2015): Asyl in der EU



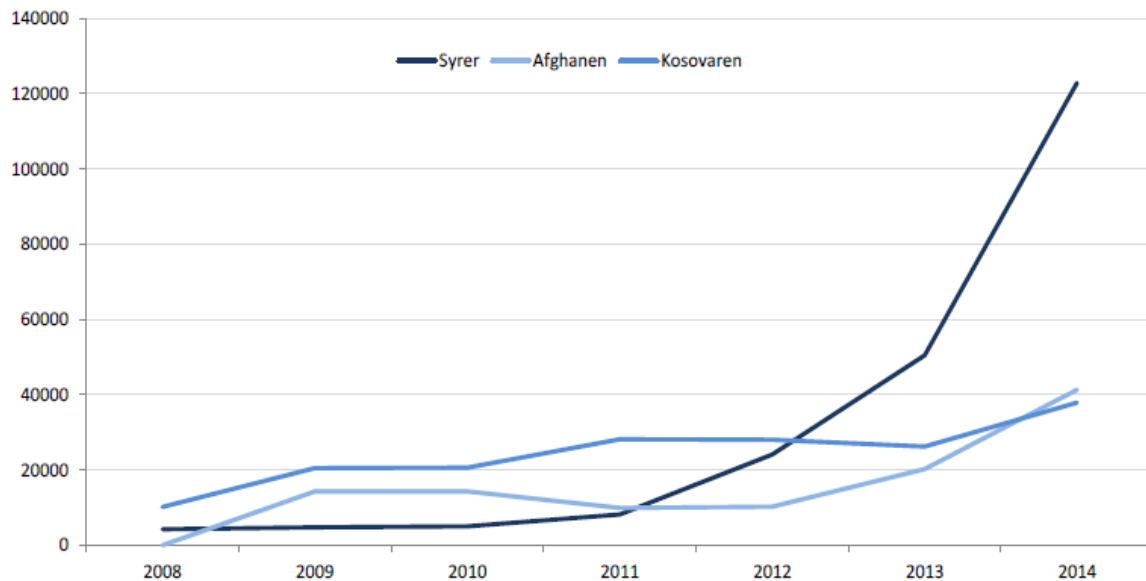


Abbildung 2: Die frei häufigsten Staatsangehörigen der Asylwerber in der EU, 2014<sup>14</sup>

Aus Afghanistan suchte 2014 die zweitgrößte Personengruppe in Europa Schutz. Das Land befindet sich seit 2001 in einem Krieg, der durch eine Intervention der USA gegen die regierenden radikalislamischen Taliban eingeleitet wurde. Auch nach dem Abzug der USA ist das Land nicht befriedet, es gibt weiterhin Kämpfe zwischen der von der NATO unterstützten Afghanischen Nationalarmee und den Taliban.

Global betrachtet emigriert nur ein sehr geringer Anteil der Flüchtlinge in die Europäische Union. Hauptaufnahmeländer waren im Jahr 2014 die Türkei und Pakistan, die jeweils über 1,5 Millionen Flüchtlinge aufnahmen. Auf Platz 3 rangiert der Libanon, der bei 5,8 Millionen EinwohnerInnen 1,15 Millionen Flüchtlinge aufnahm – also fast doppelt so viele wie alle Länder der EU zusammen.<sup>15</sup>

Von den EU-Ländern sind die Mittelmeeranrainerstaaten Italien und Griechenland besonders stark betroffen, da die meisten Flüchtlinge über den Seeweg versuchen, nach Europa einzureisen. Die Erstaufnahmezentren und Behörden der beiden Länder sind dem Zustrom zunehmend nicht mehr gewachsen.

Die meisten Asylanträge wurden im Jahr 2014 in der Europäischen Union in Deutschland (202.700 AsylwerberInnen) gestellt, gefolgt von Schweden (81.200) und Italien (64.600). Im Verhältnis zur Bevölkerung wurde die höchste Asylwerberquote in Schweden (8,4 BewerberInnen pro Tausend EinwohnerInnen), Ungarn (4,3) und Österreich (3,3) verzeichnet.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Eurostat (2015): Asyl in der EU

<sup>15</sup> vgl. UNHCR: Global Trends 2014

<sup>16</sup> vgl. Eurostat (2015): Asyl in der EU

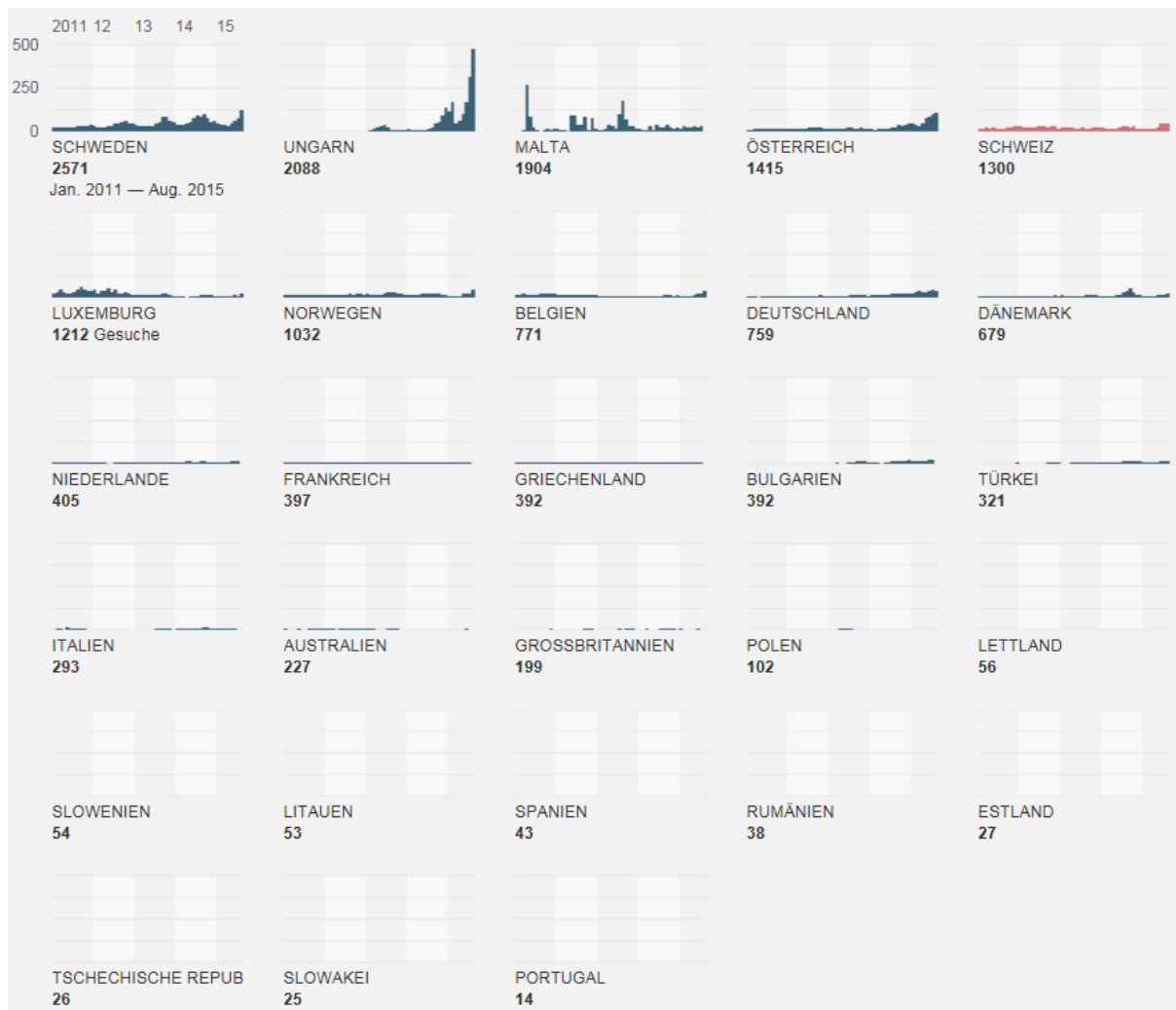


Abbildung 3: Asylsuchende pro 100.000 EinwohnerInnen<sup>17</sup>

## 2.2. Grundlagen der europäischen Flüchtlingspolitik

Wer in einem Land der Europäischen Union Asyl beantragen möchte, muss dies (gemäß der „Dublin-Verordnung“) bei der Einreise in das erste EU-Land tun, das der/die Asylsuchende betritt. Dabei handelt es sich fast immer um Länder am Rand der Europäischen Union, da es etwa für BürgerInnen aus Syrien oder Afghanistan praktisch kaum möglich ist, legal per Flugzeug in die EU einzureisen. Während es früher in einigen Staaten der EU möglich war, in einer Botschaft Asyl zu beantragen – in Österreich beispielsweise bis 2001 – ist dies inzwischen nicht mehr möglich.<sup>18</sup> Auch Schengen-Visa werden an schutzsuchende Flüchtlinge in der Regel nicht ausgestellt. Dies macht jene langen, teuren und gefährlichen Reisen notwendig, die meist übers Mittelmeer nach Italien oder Griechenland führen.

Das Asylrecht liegt zwar nach wie vor in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten, jedoch gibt es mehrere EU-Verordnungen und -richtlinien, die die nationalen Gesetzgebungen in ihren

<sup>17</sup> Neue Zürcher Zeitung: Der Stand der Flüchtlingskrise im Überblick

<sup>18</sup> vgl. Netzwerk Migration in Europa (2001): Österreich: Keine Asylanträge aus dem Ausland mehr.

Grundlagen vereinheitlichen. Auch im Bereich des Grenzschutzes gibt es eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der EU.

### 2.2.1. Rechtsinstrumente zur Asylpolitik

Die Dublin-Verordnung regelt verbindlich, welcher EU-Mitgliedsstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Die Verordnung verpflichtet jenen EU-Staat zur Durchführung des Asylverfahrens, in dem ein Flüchtling erstmals europäischen Boden betritt, bzw. (im Falle einer erfolgreichen illegalen Durchreise durch einen oder mehrere EU-Staaten) erstmals einen Antrag auf Asyl stellt. Damit soll erreicht werden, dass ein Asylsuchender innerhalb der Mitgliedstaaten nur ein Asylverfahren betreiben kann. Ausnahmen gibt es etwa für Mitglieder einer Familie, die über verschiedene Wege in den Geltungsbereich der Dublin-Verordnung einreisen. In diesem Fall werden ihre Asylanträge dennoch in nur einem bestimmten Staat gemeinsam behandelt.<sup>19</sup>

Das Rückgrat der Dublin-Verordnung ist die europäische Datenbank EURODAC, in der zum Beispiel Fingerabdrücke aller Asylwerbenden gespeichert werden. Dadurch liefert sie den Asylbehörden bei der Prüfung ihrer Zuständigkeit Anhaltspunkte, ob der betreffende Antragsteller bereits in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt hat.<sup>20</sup>

Neben der Dublin-Verordnung gibt es drei wesentliche EU-Richtlinien zur Regelung des Asylwesens. Eine EU-Richtlinie ist im Gegensatz zu einer Verordnung nicht 1:1 ins nationale Recht umzusetzen, sondern lässt dem nationalen Gesetzgeber innerhalb eines gewissen Rahmens Gestaltungsspielraum.

Die **Asylaufnahmerichtlinie** stellt einen Katalog von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylsuchenden bereit. Nach der Aufnahmerichtlinie haben AsylwerberInnen bis zum Abschluss ihres Verfahrens Anspruch auf Aufnahme, einschließlich Wohnung, Lebensmittel, Kleidung, Geldleistungen oder Gutscheine für tägliche Ausgaben. Darüber hinaus haben Asylsuchende Anspruch auf eine angemessene Gesundheitsversorgung, auf Information und Dokumente, auf Grundschulbildung und in begrenztem Umfang auf Zugang zum Arbeitsmarkt.<sup>21</sup>

Die **Qualifikationsrichtlinie**, auch Aufnahmerichtlinie genannt, legt Normen für die Anerkennung als Flüchtling und für den Flüchtlingsstatus fest. Sie bestimmt, aus welchen Gründen Drittstaatsangehörige oder Staatenlose Anspruch auf Schutz haben und macht einheitliche Vorgaben zum Status für Flüchtlinge oder Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz sowie für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.<sup>22</sup>

Die **Asylverfahrensrichtlinie** legt Mindestnormen und gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes fest. Sie setzt Verfahrensgarantien fest, wie zum Beispiel das Recht auf eine persönliche Anhörung, auf

---

<sup>19</sup> vgl. Informationsverbund Asyl und Migration: Dublin-Verordnung, Drittstaatenregelung

<sup>20</sup> vgl. Informationsverbund Asyl und Migration: Eurodac-Verordnung

<sup>21</sup> vgl. Förderverein Pro Asyl: Die EU-Aufnahmerichtlinie: Grenzen und Chancen für den Flüchtlingsschutz

<sup>22</sup> vgl. Migrationsrecht.net: Qualifikationsrichtlinie

Information über die Entscheidung des Asylantrages und auf Rechtsmittel gegen eine negative Entscheidung.<sup>23</sup>

## 2.2.2. Gemeinsame Grenzüberwachung

Zur Koordination der operativen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen wurde im Jahr 2004 die Grenzschutzagentur Frontex gegründet. Neben der Mitwirkung an der Ausbildung von GrenzschutzbeamtenInnen und der Erstellung von Risikoanalysen unterstützt **Frontex** die Mitgliedstaaten aktiv in der Überwachung der Außengrenzen. Im Rahmen seiner Einsätze und Missionen agiert Frontex sowohl auf dem Wasser, als auch an Land und in der Luft.<sup>24</sup>

Mit **Eurosur** wurde im Jahr 2013 von Frontex ein Überwachungssystem etabliert, das geheim- und nachrichtendienstliche Informationen der eigens hierfür geschaffenen nationalen Koordinationsstellen sammelt, miteinander verknüpft und diese Frontex zur Verfügung stellt. Eurosur setzt Drohnen, Aufklärungsgeräte, Offshore-Sensoren, hochauflösende Kameras und Satellitensuchsysteme ein, um illegale Einwanderung in die EU-Mitgliedsländer zu überwachen.<sup>25</sup>

Die aktuellste Mission der europäischen Grenzschutzagentur ist unter dem Namen Triton bekannt und verfügt über ein monatliches Budget von schätzungsweise 2,9 Millionen Euro. Triton beschränkt sich im Wesentlichen auf die Sicherung der Grenzen – im Gegensatz zum Vorgängerprogramm Mare Nostrum, das auch die Seenotrettung von Flüchtlingen zur Aufgabe hatte. Mare Nostrum hatte ein monatliches Budget von 9 Millionen Euro zur Verfügung, zwischen 2013 und 2014 konnte die italienische Marine damit rund 150.000 Flüchtlinge aus Seenot retten.<sup>26</sup>

## 2.3. Kritik

### 2.3.1. Asylrecht

Die fehlenden Möglichkeiten einfach und legal in die Europäische Union einzureisen sind ein großer Kritikpunkt an der EU-Flüchtlingspolitik. Dies zwingt Flüchtlinge zu langen und gefährlichen Reisen über illegale Routen und fördert das Schlepperwesen, da es ohne Schlepper kaum möglich ist, erfolgreich in die EU einzureisen. Eine Folge davon sind regelmäßig auftretende Katastrophen: In den vergangenen 25 Jahren sind alleine im Mittelmeer über 20.000 Menschen ums Leben gekommen.<sup>27</sup> Auch an Land ereignen sich immer wieder Tragödien wie der Fall mit 71 in einem LKW ersticken Flüchtlingen im August 2015. Die österreichische Plattform „Gegen Unrecht“, die von zahlreichen Organisationen, darunter Caritas, Amnesty International und Volkshilfe unterstützt wird, fordert daher einen

---

<sup>23</sup> vgl. UNHCR (2010): Asyl: Unterschiedliche Verfahrensstandards innerhalb der EU

<sup>24</sup> vgl. Frontex: Mission and Tasks

<sup>25</sup> vgl. Mediendienst Integration: Die europäische Asylpolitik und der Grenzschutz

<sup>26</sup> vgl. International Organization for Migration (2014): IOM Applauds Italy's Life-Saving Mare Nostrum Operation

<sup>27</sup> vgl. Caritas Österreich: Flüchtlingstragödie im Mittelmeer

*„sicheren und legalen Zugang für schutzsuchende Menschen, um in Europa Asyl zu beantragen“.*<sup>28</sup>

Auch die Dublin-Verordnung wird in den letzten Jahren von Hilfsorganisationen und PolitikerInnen heftig kritisiert. Die Verordnung verpflichtet den Staat, in dem Asylwerbende erstmals europäischen Boden betreten, zur Registrierung und Durchführung des Asylverfahrens. Da die meisten Flüchtlinge in Mittelmeeranrainerstaaten, vor allem in Italien und Griechenland, ankommen, führt die Regelung zu einer sehr ungleichen Verteilung der Flüchtlinge und zunehmend zu einer großen Be- und Überlastung der Erstaufnahmezentren dieser Länder. Deshalb werden zahlreiche Flüchtlinge nicht registriert und reisen Richtung Norden weiter. Aus Italien oder über die „Balkan-Route“ (Mazedonien, Serbien und Ungarn) gelangen Flüchtlinge nach Österreich und Deutschland. Um eine gleichmäßige Aufteilung der Flüchtlinge unter den Mitgliedsstaaten zu erzielen, fordern nun mehrere Regierungschefs, darunter Werner Faymann und Angela Merkel, eine Abschaffung der Dublin-Verordnung und ihren Ersatz durch eine Asylquote. Der Vorschlag hat bisher nicht die notwendige qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat gefunden.<sup>29</sup> Am 22. September 2015 beschloss der Rat der europäischen Innenminister jedoch erstmals eine Umverteilung von Flüchtlingen nach einem Quotensystem, gegen die Stimmen von Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Rumänien. Insgesamt sind 120.000 Asylsuchende von der Maßnahme betroffen. Entlastet werden vor allem Griechenland und Italien, von wo die Flüchtlinge in andere EU-Mitgliedsstaaten umgesiedelt werden. Österreich wird rund 3.600 Menschen aufnehmen. Die Entscheidung könnte ein erster Schritt für ein neues, permanentes EU-Verteilungssystem sein.<sup>30</sup>

### 2.3.2. Grenzsicherung

Die EU-Grenzschutzorganisation und ihre aktuelle Mission Triton wird vor allem von Menschenrechtsorganisationen stark kritisiert. Ihr Rettungsradius ist im Vergleich zur Vorgängermission Mare Nostrum deutlich geringer, das Budget beträgt nur ein Drittel von Mare Nostrum und im Vordergrund steht nicht mehr die Seenotrettung, sondern die Abwehr von Flüchtlingen. In Folge dessen ist die Zahl der Toten im Mittelmeer im ersten Quartal 2015 mehr als zehnmal so hoch als im Vergleichsquartal des Vorgängerjahres. Fast 500 Menschen sind in nur drei Monaten im Mittelmeer ertrunken.<sup>31</sup> Die Plattform „Gegen Unrecht“ fordert daher eine *„sofortige Wiedereinführung der Rettungsaktion Mare Nostrum 2.0 mit Rettungsbooten durch gemeinsame Mittel aller EU-Mitgliedsstaaten im Mittelmeer“*.<sup>32</sup> Mit wenigen Millionen Euro könnten tausende Menschenleben gerettet werden.

### 2.3.3. Geopolitik

Das kaum spürbare Vorgehen der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Krise im Nahen Osten steht zunehmend im Zentrum der Kritik. Neun von zehn Syrien-Flüchtlingen

---

<sup>28</sup> Caritas Österreich: Gegen Unrecht

<sup>29</sup> vgl. Neue Zürcher Zeitung (30.08.2015): Arithmetik der Macht: Warum es noch keine Asylquote gibt

<sup>30</sup> vgl. Kurier (22.09.2015): Einigung: 120.000 Flüchtlinge werden verteilt

<sup>31</sup> vgl. Förderverein Pro Asyl (2015): Erneut 400 Tote: Das Sterben an den EU-Grenzen nimmt dramatisch zu

<sup>32</sup> Caritas Österreich: Gegen Unrecht

bleiben derzeit noch in der Region, vor allem im Libanon und in Jordanien. Doch ihre Lage wird immer prekärer, es fehlt an Lebensmitteln und Gesundheitsversorgung. Die Caritas kritisiert, dass die gesamte Hilfe „*systematisch unterfinanziert*“<sup>33</sup> sei. Das UN-Hochkommissariat für das Flüchtlingswesen (UNHCR) beklagt, dass das Welternährungsprogramm und verwandte humanitäre Organisationen bisher keine ausreichenden finanziellen Mittel erhalten hätten, um ihre für Millionen von Flüchtlingen lebenswichtigen Aufgaben erfüllen zu können. Bei der Geberkonferenz für Syrien Ende März 2015 seien 3,6 Milliarden US-Dollar zugesagt worden, doch decke dieser Betrag die prognostizierten Ausgaben keineswegs ab. Außerdem seien bis Jahresmitte lediglich 30 Prozent der Gelder tatsächlich eingezahlt worden, sodass das UNHCR in den kommenden Monaten die Grundbedürfnisse der betreuten Flüchtlinge nicht erfüllen kann.<sup>34</sup>

Diskutiert wird mittlerweile auch das weitere Vorgehen gegen den Islamischen Staat. Einige Staaten (wie Syrien, der Irak, die Türkei, aber auch die USA und Australien) sind bereits in einem militärischen Einsatz gegen den IS, andere Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Russland befürworten ihn bzw. bereiten ihn vor. Es gibt bisher dafür allerdings kein Mandat der Vereinten Nationen.<sup>35</sup>

Eine Alternative zum Militäreinsatz wäre die Einrichtung von Schutzzonen in den Kriegsgebieten, in denen die zivile Bevölkerung Zuflucht finden und damit im eigenen Land verbleiben könnte. Voraussetzung wäre allerdings eine Resolution des UN-Sicherheitsrates sowie die Bereitstellung von Truppen, die im Notfall diese Zonen mit Waffengewalt verteidigen könnten. Die bisherigen Erfahrungen mit Schutzzonen erklären aber das zögerliche Vorgehen in diese Richtung, denn das Scheitern etwa der Schutzzonen Srebrenica und Goražde im Bosnienkrieg gilt als abschreckendes Beispiel.<sup>36</sup>

---

<sup>33</sup> ORF (02.09.2015): Systematisch unterfinanziert

<sup>34</sup> vgl. Die Presse (26.08.2015): Internationale Solidarität ist gefragt

<sup>35</sup> vgl. Der Standard (06.09.2015): Cameron will Grünes Licht für Einsatz in Syrien

<sup>36</sup> vgl. Die Presse (26.08.2015): Internationale Solidarität ist gefragt

### 3. Flüchtlingspolitik in Österreich

#### 3.1. Aktuelle Zahlen

Seit Ende des Jahres 2014 macht sich der Syrien-Krieg auch in Österreich durch einen deutlichen Anstieg der Asylanträge bemerkbar. Während zwischen 2006 und 2013 die Zahl der Anträge stetig unter 20.000 pro Jahr lag, stieg der Wert im Jahr 2014 auf über 28.000 Anträge an. Im Jahr 2015 erfolgte ein weiterer deutlicher Anstieg: Bis September 2015 bewarben sich bereits fast dreimal so viele Menschen um Asyl als im gesamten Jahr 2014.<sup>37</sup>

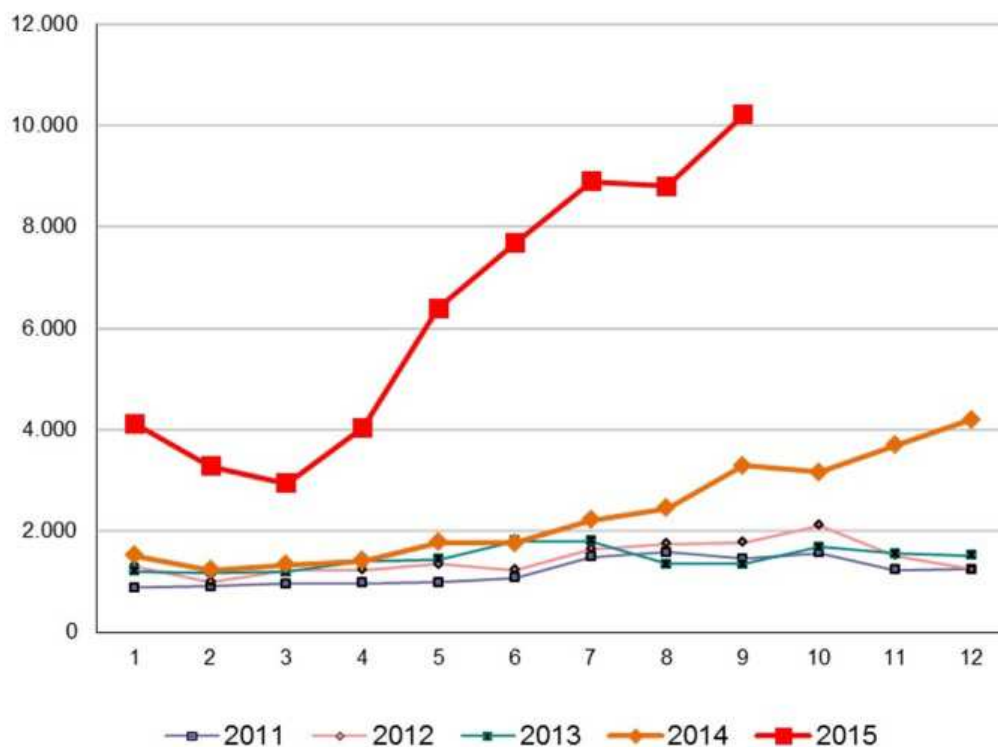
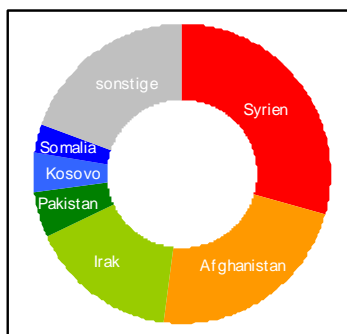


Abbildung 4: Monatliche Entwicklung der Asylanträge, 2011-2015<sup>38</sup>



Im Jahr 2015 wurden bis September 11.108 Asylanträge gestellt. Die meisten AsylwerberInnen stammten aus Syrien (16.595 Anträge) und Afghanistan (12.687 Anträge). Sie stellen zusammen etwa die Hälfte der AntragstellerInnen.

Abbildung 5: Asylanträge nach Staatsangehörigkeit<sup>39</sup>

<sup>37</sup> vgl. Bundesministerium für Inneres: Vorläufige Asylstatistik September 2015

<sup>38</sup> Bundesministerium für Inneres: Vorläufige Asylstatistik September 2015

<sup>39</sup> vgl. Bundesministerium für Inneres: Vorläufige Asylstatistik September 2015

## 3.2. Grundlagen der österreichischen Flüchtlingspolitik

### 3.2.1. Asylverfahren in Österreich

Die Grundlage für das österreichische Asylverfahren bildet das Asylgesetz 2005. Demnach dient das Verfahren der generellen Feststellung eines möglichen Anrechts auf Asyl gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und der Qualifikationsrichtlinie. Bei erstinstanzlichen asyl- und fremdenpolizeilichen Verfahren ist in Österreich seit Jänner 2014 das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) zuständig.<sup>40</sup> Es besteht die Möglichkeit der Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht als außerordentliches Rechtsmittel.

Zunächst findet das sogenannte Zulassungsverfahren statt, welches bis zu 20 Tage dauern darf, außer es werden Konsultationen nach der Dublin-Verordnung durchgeführt. In dieser Phase wird geklärt, ob Österreich für das Asylverfahren überhaupt zuständig ist.<sup>41</sup> An das Zulassungs- schließt das inhaltliche Verfahren an, im Laufe dessen sich entscheidet, ob der/die Asylwerbende zum anerkannten Flüchtling erklärt wird oder nicht.

Falls kein Anrecht auf Asyl besteht, bedarf es der Prüfung weiterer Faktoren, die eine Abschiebung nach der Genfer Flüchtlingskonvention dennoch verunmöglichen könnten. Flüchtlinge, die eine diesbezügliche Anerkennung erhalten, sind dann subsidiär schutzberechtigt und erhalten eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis für zumindest ein Jahr.<sup>42</sup>

Wird ein Asylantrag jedoch endgültig abgelehnt, kommt es noch nicht automatisch zu einer Ausweisung: Die Behörde prüft erst, ob durch eine Ausweisung die Verletzung von Art. 3 (Verbot der Folter) oder 8 (Recht auf Privat- und Familienleben) der Europäischen Menschenrechtskonvention drohen würde.<sup>43</sup> Falls eine Ausweisung beschlossen wird, hat die betroffene Person unverzüglich auszureisen.

In bestimmten Fällen kann das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl Schubhaft erlassen, etwa im Falle einer Gefährdung der Abschiebung, zum Beispiel aufgrund der Weigerung der betreffenden Person, aus Österreich auszureisen. Diese darf im äußersten Fall bis zu sechs Monaten dauern.<sup>44</sup>

Ein Asylverfahren dauert in Österreich im Schnitt 4,2 Monate bis zur Entscheidung in 1. Instanz. Damit gehören die österreichischen Behörden zu den schnellsten Behörden Europas, in Deutschland etwa beträgt die durchschnittliche Dauer 5,1 Monate.<sup>45</sup>

### 3.2.2. Sozialleistungen

Die Betreuung und Grundversorgung von AsylwerberInnen und anderen hilfsbedürftigen Fremden wird auf Bundesebene durch das Grundversorgungsgesetz 2005 sowie in den Ländern durch eigene Landesgesetze geregelt. Rechtsgrundlage für die bundesweit

---

<sup>40</sup> vgl. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl: Aufgaben des BFA

<sup>41</sup> vgl. Bundesverwaltungsgericht: Zulassungsverfahren

<sup>42</sup> vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

<sup>43</sup> vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Asylgesetz 2005

<sup>44</sup> vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Schubhaft.

<sup>45</sup> vgl. Kurier (26.07.2015): Österreich, die Tür zum Asylparadies?



einheitliche Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde bildet die Grundversorgungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern.<sup>46</sup> Die Kosten für die Leistungen aus der Grundversorgung werden zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Ländern getragen. Dauert das Asylverfahren länger als 12 Monate, muss der Bund die kompletten Kosten alleine tragen.<sup>47</sup>

Nach der Einbringung des Asylantrags werden die Asylsuchenden in eines der drei Erstaufnahmezentren (Traiskirchen/NÖ, Thalham/OÖ, Flughafen Wien) gebracht. Dort werden sie registriert, befragt und meistens für die Dauer des so genannten Zulassungsverfahrens untergebracht. Die Erstaufnahmezentren fallen unter die Zuständigkeit des Bundes.

Falls festgestellt wird, dass Österreich für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, sollten den AsylwerberInnen Unterkünfte in den Bundesländern zugewiesen werden.<sup>48</sup> Innerhalb Österreichs sollten die AsylwerberInnen nach einem dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen entsprechenden Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden.<sup>49</sup>

Im September 2015 beschloss der Nationalrat mit Verfassungsmehrheit ein sogenanntes „Durchgriffsrecht“, nachdem mehrere Bundesländer nicht ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellten. Damit soll der Bund in den Gemeinden selbst Unterkünfte einrichten können – auch gegen den Willen von Ländern und Gemeinden. Zudem ist eine Unterbringungsquote von 1,5 Prozent der Wohnbevölkerung für Gemeinden vorgesehen. Das Gesetz tritt am 1. Oktober 2015 in Kraft.<sup>50</sup>

GrundversorgungsbezieherInnen erhalten ein monatliches Taschengeld in Höhe von 40 Euro pro Person. Zudem inkludiert die Grundversorgung eine Krankenversicherung sowie finanzielle Unterstützung bei Bekleidungs- und Schulbedarf. Sind die AsylwerberInnen in organisierten Unterkünften und Quartieren untergebracht, erhalten diese täglich 19 Euro pro Person, was etwa 570 Euro im Monat entspricht. Da das Geld für Verpflegung und Unterkunft bereitgestellt wird, geht dieses direkt an die Betreuungseinrichtungen selbst. Kümmern sich die AsylwerberInnen hingegen in sogenannten Selbstversorgungsquartieren eigenständig um ihre Verpflegung, so wird ihnen ein kleiner Anteil dieses Betrages für Nahrungsmittel ausgezahlt. Flüchtlinge, die selbstständig – etwa in Privatunterkünften – wohnen oder untergebracht werden, erhalten monatlich 320 Euro pro Person, von denen Mietkosten, Lebensmittel und alle anderen Güter des täglichen Bedarfs bezahlt werden müssen.<sup>51</sup>

Asylberechtigte, also Menschen mit einem rechtskräftigen positiven Asylbescheid, haben ein dauerndes Aufenthaltsrecht in Österreich sowie Anspruch auf dieselben Sozialleistungen wie ÖsterreicherInnen, z. B. die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Familienbeihilfe.<sup>52</sup>

Subsidiär Schutzberechtigte haben auch Anspruch auf Sozialleistungen, jedoch nur in eingeschränktem Maß. So wird die bedarfsorientierte Mindestsicherung in allen

---

<sup>46</sup> vgl. Bundesministerium für Inneres: Asylwesen

<sup>47</sup> vgl. Land Salzburg: Grundversorgung

<sup>48</sup> vgl. UNHCR (2013): Flucht und Asyl in Österreich

<sup>49</sup> vgl. Land Steiermark: Grundversorgung von AsylwerberInnen

<sup>50</sup> vgl. Der Standard (18.08.2015): Einigung bei Durchgriffsrecht – Quote von 1,5 Prozent für Gemeinden

<sup>51</sup> vgl. UNHCR: Q&A: Asylsuchende in Österreich

<sup>52</sup> vgl. Arbeiterkammer Vorarlberg: Daten, Zahlen, Fakten zum Asylthema

Bundesländern außer Salzburg gewährt, während etwa Familienbeihilfe und Kindergeld für Kinder von subsidiär Schutzberechtigten nur ausbezahlt werden, wenn sie erstens einen Job haben und zweitens nicht in Krankenstand, Karenz oder Mutterschutz sind.<sup>53</sup>

### 3.2.3. Arbeitsrecht

Nicht-österreichische Staatsangehörige und somit auch AsylwerberInnen fallen unter das Ausländerbeschäftigungsgesetz. AsylwerberInnen sind in ihren Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt demnach stark eingeschränkt. Sie dürfen lediglich in folgenden Bereichen eine Tätigkeit oder Beschäftigung ausüben: Hilfstätigkeiten im Quartier, eine selbständige Tätigkeit in Berufen ohne Befähigungsnachweis, Saisonarbeit (Landwirtschaft oder Tourismus) oder eine gemeinnützige Tätigkeit. Jugendliche bis 25 Jahre sind zudem berechtigt, in Berufen mit Lehrlingsmangel eine Lehre zu beginnen.<sup>54</sup>

Die Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes gelten nicht für anerkannte Flüchtlinge (Asylberechtigte) und subsidiär Schutzberechtigte. Diese beiden Gruppen sind arbeitsrechtlich ÖsterreicherInnen gleichgestellt.<sup>55</sup> Für subsidiär Schutzberechtigte ist der Zugang zum Arbeitsmarkt dennoch erschwert: Da der Status nur für ein Jahr vergeben wird und danach alle zwei Jahre verlängert werden muss, scheuen Arbeitgeber meist davor zurück, sich mit den Betroffenen auf Verträge einzulassen.<sup>56</sup>

## 3.3. Kritik

### 3.3.1. Asylrecht

Das österreichische Fremdenrecht ist so komplex, dass es selbst für fachkundige ExpertInnen inzwischen schwer zu durchschauen ist. Zudem fasst es in Form des Asylgesetzes 2005 und des Fremdenpolizeigesetzes Asylwerbende in erster Linie „als Sicherheitsproblem“ auf, so die Meinung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Das Asylgesetz verabsäume eine kritische Abwägung zwischen den Durchsetzungsbedürfnissen der Behörden und ihrer Organe einerseits und der Wahrung der sozialen und menschenrechtlichen Ansprüche der betroffenen Menschen andererseits.

Als bedenklich im Sinne der Menschenrechte wird auch die In Schubhaftnahme von AsylwerberInnen – eine sogenannte Sicherungshaft, die ohne den Verdacht der Begehung einer Straftat verhängt werden kann – gesehen. Insbesondere in der seit dem Jahr 2011 gesetzlich erlaubten Schubhaft für Minderjährige spiegle sich das im EU-Recht verankerte Wohl des Kindes unzureichend bis gar nicht wider. Europarechtlichen Vorgaben werde damit – so Amnesty – teilweise, sofern sie für die betroffenen Personen günstiger sind, nicht

---

<sup>53</sup> vgl. Der Standard (17.03.2015): Subsidiärer Schutz: Wenn der Koffer immer halb gepackt ist

<sup>54</sup> vgl. AMS Oberösterreich (2015): Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerberinnen und Asylwerber

<sup>55</sup> vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Ausländerbeschäftigungsgesetz

<sup>56</sup> vgl. Der Standard (17.03.2015): Subsidiärer Schutz: Wenn der Koffer immer halb gepackt ist

entsprochen bzw. hauptsächlich jene Bestimmungen genutzt, die es ermöglichen, noch strikter gegen Fremde und AsylwerberInnen vorzugehen.<sup>57</sup>

### 3.3.2. Sozialleistungen und Arbeitsrecht

Die derzeit hohen Flüchtlingszahlen offenbaren gravierende Probleme in der Grundversorgung von Asylwerbenden. Die Unterbringungsquote wurde lediglich von Wien als einzigem Bundesland regelmäßig erfüllt. In den anderen Bundesländern gab und gibt es immer wieder einen akuten Mangel an Quartieren. Die Schuld und Verantwortung wiesen sich wiederholt gegenseitig Innenministerium, Landeshauptleute und Gemeinden zu. Dem Engpass wurde mit provisorischen Zeltstädten und einer Überbelegung des Erstaufnahmezentrums Traiskirchen begegnet. Im für 1.800 Menschen eingerichteten Lager befanden sich Ende Juli 2015 4.500 Personen. Amnesty International hat in einem Bericht im Sommer 2015 die menschenrechtswidrigen Zustände in Traiskirchen aufgezeigt: Obdachlosigkeit, mangelhafte bis kaum vorhandene Gesundheitsversorgung, Engpässe bei grundlegenden Gütern wie Toilettenpapier. Den Zustand verschärfe eine inkompetente Verwaltung des Lagers, die nicht von anerkannten Hilfsorganisationen durchgeführt wird, sondern von der privaten Firma ORS.<sup>58</sup> Eine private Finanzierung von Quartieren durch die Asylwerbenden ist kaum möglich, da die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel dafür nicht ausreichen. Auch die Tagsätze für organisierte Quartiere sind so niedrig, dass nur wenige bereitgestellt wurden.

Zur Lösung der Probleme haben neun NGOs, darunter Caritas, Rotes Kreuz und Volkshilfe, im Juni 2015 einen 6–Punkte–Soforthilfekatalog präsentiert.<sup>59</sup> Die Forderungen sind:

1. Übernahme sämtlicher Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge (UMF) in die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe der Bundesländer
2. Anhebung der Tagsätze für organisierte Quartiere auf 25 Euro
3. Angleichung der Kostenersätze für privat Wohnende an jene der organisierten
4. Quartiere, damit Asylsuchende am Wohnungsmarkt selbst Unterkünfte finden können
5. Bereitstellung von Wohnraum für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte,
6. sowie entsprechender flächendeckender Integrationsangebote
7. Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylsuchende, die bereits länger als 6 Monate im Asylverfahren sind
8. Planung und Notfallsmanagement um zukünftigen Engpässen in der Unterbringung und Betreuung zu begegnen

---

<sup>57</sup> vgl. Amnesty International (2011): Fremdenrechtsänderungsgesetz 2011; Amnesty International (2015): Änderung des Fremdenrechtsgesetzes

<sup>58</sup> vgl. Amnesty International (2015): Research Mission Traiskirchen

<sup>59</sup> vgl. Informationsverbund Asyl und Migration (2015): 6 Punkte Sofortmaßnahmenkatalog

## 4. Best-Practice-Beispiele

### 4.1. Nationale Ebene

#### 4.1.1. Schweden<sup>60</sup>

Von allen Ländern der Europäischen Union ist heute Schweden jener Staat, der pro Einwohner die mit Abstand meisten Asylsuchenden aufnimmt. Auch der Anteil an AsylwerberInnen, die einen positiven Bescheid erhalten, ist überdurchschnittlich hoch. Zwischen den Parteien herrscht weitgehender Konsens, dass man Flüchtlinge willkommen heißen sollte. Die meisten BürgerInnen sind stolz auf ihr Selbstbild eines offenen und toleranten Landes.

An dem Ende der 1980er Jahre entwickelten System der Verteilung von Flüchtlingen und der Aufnahme in den Gemeinden wird bis heute in groben Zügen festgehalten: Nach Einreise und Asylantragstellung werden die meisten Asylwerbenden für kurze Zeit in Erstaufnahmezentren der Asylbehörde Migrationsverket untergebracht. Während Migrationsverket die Asylgründe prüft, können die AsylwerberInnen entweder bei Verwandten oder Freunden unterkommen, oder ihnen wird eine Wohnung zugeteilt. Die aufnehmenden Gemeinden entscheiden selbst, ob und wenn ja wie viele Asylwerbenden sie pro Jahr aufnehmen möchten, und stellen kommunale Wohnungen zur Verfügung, die Migrationsverket anmietet und bezahlt.

Um unverhältnismäßig starke Konzentrationen der eingewanderten Bevölkerung an bestimmten Orten zu verhindern, versucht die Regierung im Rahmen der so genannten "Ganz-Schweden-Politik" auch, neu ins Land gekommene Asylwerbende und anerkannte Flüchtlinge über das ganze Land zu verteilen. So soll zugleich der in entlegeneren Regionen, vor allem in Mittel- und Nordschweden, erkennbaren Tendenz der Überalterung und der Abwanderung der jungen Bevölkerung in die Großstädte entgegengewirkt werden.

Asylwerbende, die in Schweden als Flüchtlinge anerkannt werden oder aus humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht bekommen, haben einen obligatorischen "Schwedisch für Einwanderer"-Kurs zu belegen, der von der jeweils aufnehmenden Gemeinde angeboten und bezahlt wird. Hier wird nicht nur die schwedische Sprache gelehrt, sondern es werden auch Kenntnisse über die Gesellschaftsordnung und schwedische Traditionen vermittelt. Der Kurs wird mit einer Prüfung abgeschlossen, die als eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitssuche gilt. Die Politik vertritt die Auffassung, die beste Art der Integration in die schwedische Gesellschaft sei eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt.

Neben AsylwerberInnen, die nach Schweden kommen und dort einen Asylantrag stellen, nimmt Schweden seit 1950 in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) auch Kontingentflüchtlinge auf. MitarbeiterInnen von Migrationsverket reisen in Länder, in denen Flüchtlinge eine vorläufige Zuflucht gefunden haben, und wählen in Zusammenarbeit mit dem UNHCR Personen aus, die als besonders schutzbedürftig erachtet werden. In den letzten Jahren wurde jeweils 1.200 bis 1.900 Flüchtlingen aus Krisengebieten eine Neuansiedlung in Schweden ermöglicht.

---

<sup>60</sup> vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik; Süddeutsche Zeitung (31.08.2015): Offenes Land – verschlossenes Land

#### 4.1.2. Österreich historisch<sup>61</sup>

Österreich war jahrzehntelang eines der größten Erstaufnahmeländer von Auswanderern in Europa: Rund zwei Millionen Flüchtlinge wurden seit 1945 aufgenommen, fast 700.000 davon blieben im Land. Der derzeitige Strom von Flüchtlingen ist für Österreich also nichts Neues – im Gegenteil: Es gab schon viele größere Flüchtlingswellen, die erfolgreich gemeistert wurden.

Bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich rund 1,4 Millionen Vertriebene im besetzten Österreich, darunter viele Sudetendeutsche. Eine weitere große Flüchtlingswelle erreichte das mittlerweile souveräne und neutrale Österreich 1956. In Folge des Volksaufstandes in Ungarn suchten 180.000 Menschen Zuflucht im Nachbarland, von denen zwar viele weiter nach Amerika auswanderten, aber auch etwa 18.000 blieben. Im Jahr 1968 brachten sich 162.000 Tschechen und Slowaken nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die damalige Tschechoslowakei und dem damit verbundenen Ende des "Prager Frühlings" in Österreich in Sicherheit. 12.000 von ihnen ließen sich für immer hier nieder.

1972 nahm Österreich laut UNHCR aufgrund international vereinbarter Quoten erstmals nicht-europäische Flüchtlinge auf: 1.500 asiatisch-stämmige Ugander, danach Chinesen, Vietnamesen, Kambodschaner und Kurden. 1980/81 setzte die nächste große Fluchtbewegung aus Osteuropa ein. Als in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, kamen 33.000 Flüchtlinge nach Österreich.

In der jüngeren Vergangenheit trieben die Kriege am Balkan beim Zerfall Jugoslawiens wieder Zehntausende in die Flucht. Um den Jahreswechsel 1991/1992 kamen rund 13.000 Menschen aus Kroatien, der Großteil kehrte im Frühjahr 1992 wieder nach Hause zurück. Zu diesem Zeitpunkt trafen die ersten Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina ein. Rund 90.000 Menschen wurden in Österreich aufgenommen, rund 60.000 von ihnen blieben. Nach Angaben des UNHCR war dies die umfangreichste und aufwändigste Aufnahmeaktion in der Geschichte Österreichs.

#### 4.2. Kommunale Ebene

Den Sommer 2015 mussten viele Flüchtlinge in Österreich in Zeltlagern oder obdachlos in Traiskirchen verbringen. Wer die Berichterstattung österreichischer Medien verfolgt hat, konnte den Eindruck bekommen, dass die stark gestiegene Zahl an Flüchtlingen eine unbewältigbare Aufgabe und eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr möglich sei. Tatsächlich nahmen jedoch mit Stand Juni 2015 etwa zwei Drittel der österreichischen Gemeinden keinen einzigen Asylwerber auf<sup>62</sup> – oft aus Angst und Unsicherheit. Im Folgenden werden Beispiele von Gemeinden präsentiert, die zeigen, dass und wie es gehen kann – und dass die neuankommenden Flüchtlinge auch eine große Chance sein können.

---

<sup>61</sup> vgl. Demokratiezentrum Wien (2013): Asyl in Österreich; Die Presse (30.07.2015): Seit 1945: Österreich nahm zwei Millionen Flüchtlinge auf; UNHCR: Flüchtlingsland Österreich

<sup>62</sup> vgl. ORF (17.06.2015): Flüchtlingsverteilung

#### 4.2.1. Riace (Italien)<sup>63</sup>

Der Umgang mit Flüchtlingen hat die 2.000-Einwohner-Gemeinde in Kalabrien zum Vorzeigemodell für ganz Europa gemacht. Unter der Führung eines engagierten Bürgermeisters und mit Hilfe von Flüchtlingen wurde die sterbende Gemeinde wieder in einen blühenden Ort verwandelt.

Die Geschichte begann im Jahr 1998, als 200 kurdische Flüchtlinge mit ihrem Boot am Strand des Dorfes Riace strandeten. Sie waren am Ende ihrer Kräfte, hatten nichts mehr zu essen. Die Menschen landeten an einem Ort, wo es jede Menge leerstehender Häuser gab. Die Hälfte der BewohnerInnen von Riace war in den letzten 50 Jahren abgewandert, weil es in der Region an Arbeitsplätzen mangelte. Pizzeria, Bar und Schule von Riace mussten zusperren.

In Riace sah man die zweihundert KurdInnen nicht als Problem, sondern als Chance für den Ort. Man lud die Bootsflüchtlinge ein zu bleiben. Zuerst haben Riacesi gemeinsam mit den Flüchtlingen die leerstehenden Häuser hergerichtet und für sie bewohnbar gemacht. Der Lehrer Domenico Lucano gründete den Verein Città Futura, der sich mit Unterstützung der UNHCR um die Ankunft, Unterbringung und Bildungsprogramme für die Flüchtlinge kümmerte. Wenig später wurde er zum Bürgermeister des Dorfes gewählt. Città Futura eröffnete Handwerksbetriebe, wo immer ein einheimischer Dorfbewohner mit einem Neuankömmling zusammenarbeitet. Der Umgang mit den Flüchtlingen lockte auch immer mehr TouristInnen an, die nun in von den Flüchtlingen restaurierten Häusern ihren Urlaub verbringen. Auch wenn die lokale Wirtschaft bis heute durch die Macht der kalabrischen Mafia, der 'Ndrangheta gestört wird, hat Città Futura eine lokale Mikroökonomie angefacht. Der finanzielle Aufwand dieser Strategie ist laut dem Bürgermeister verhältnismäßig gering. Es kostet der Gemeinde 22 Euro pro Tag um einen Flüchtling unterzubringen und ihn in Schulungs- und Beschäftigungsprogramme aufzunehmen. Zum Vergleich: In dem überfüllten und wie ein Gefängnis überwachten Lager Mineo in Sizilien kostet die Unterbringung eines Flüchtlings täglich 100 Euro.

In Kalabrien hat man das Potenzial auch für andere Gemeinden erkannt. Es wurde ein Gesetz erlassen, das es anderen Dörfern ermöglichen soll, es Riace gleichzutun. Das Modell gilt heute als Vorbild für Abwanderungsregionen in der EU. Beiden ist geholfen: DorfbewohnerInnen und Flüchtlinge erhalten Arbeit, ein absterbender Ort kann Schulen und kleine Betriebe wieder öffnen.

#### 4.2.2. Wien

Wien zeigt, dass eine umfassende Betreuung von schwer Traumatisierten in menschenwürdigen Quartieren auch in der aktuellen Situation in Österreich möglich ist. Für das gute Gelingen verantwortlich ist die schnelle Reaktion der Stadt auf die sich zuspitzende Lage. Politisch wurde reagiert, indem im Juli 2015 mit Peter Hacker ein Projektleiter für das

---

<sup>63</sup> vgl. Die Presse (15.05.2014): Italien: Wo Flüchtlinge als Chance betrachtet werden; ORF (21.08.2012): Riace – das gallische Dorf in der EU; Profil (18.05.2011): Italien: Ein Bürgermeister rettet Bootsflüchtlinge und damit sein Dorf; Zeit Online (13.11.2012): Flüchtlinge retten Riace vor dem Untergang

Flüchtlingswesen in Wien ernannt wurde, der seither die Arbeit der Stadt mit NGOs und für Flüchtlinge zuständige Ämter koordiniert.

Wien ist vor allem als Ort der Durchreise der Flüchtlinge gefordert und hat diese Aufgabe aufgrund der schnellen Reaktion und guten Organisation der ÖBB gut gemeistert. Allein im September und Oktober 2015 sind mehr als 200.000 Flüchtlinge durch Wien gereist. In den 20 Notunterkünften stehen täglich bis zu 8.000 Betten bereit. Es konnten bisher über 178.000 Übernachtungen gezählt werden.

Nur ein geringer Teil der durchreisenden Flüchtlinge stellt auch einen Asylantrag in Wien. Dennoch befindet sich von den derzeit 58.000 AsylwerberInnen in Österreich knapp ein Viertel (ca. 13.500) in Wien. Bei der dauerhaften Unterbringung von AsylwerberInnen übererfüllt Wien die durch die 15a Vereinbarung mit dem Bund geforderte Quote deutlich (111 Prozent). Zwei Drittel der AsylwerberInnen werden von der Stadt in privaten Quartieren untergebracht, ein Drittel wohnt in organisierten Unterkünften.

Politisch forciert wurde in Wien die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Seit Sommer wurden alle unbegleitenden Kinder und Jugendlichen bis 14 Jahre und alle unbegleitenden Mädchen bis 18 Jahre von Traiskirchen übernommen. Derzeit sind etwa 700 der 3.000 Kindern und Jugendlichen in Wien unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Am 1. November 2015 hat die Stadt schließlich das Betreuungsquartier Erdberg übernommen, das bislang vom Bundesministerium für Inneres organisiert wurde. Dort befinden sich etwa 300 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die nun auf kleinere Quartiere umverteilt werden. Nach Ansicht der Stadt soll Kindern und Jugendlichen nicht nur ein Dach über dem Kopf bereit gestellt werden, sie bedürfen auch sozialpädagogischer Betreuung, Freizeitbetreuung sowie Bildungsangeboten. So gilt das verpflichtende Kindergartenjahr ab dem 5. Lebensjahr auch für Flüchtlingskinder. Der Schulbesuch wird an einen individuellen Deutschunterricht gekoppelt und Jugendlichen (bis 25 Jahre) die Möglichkeit einer Lehre (in Mangelberufen) geboten.

Auch das Angebot für erwachsene Flüchtlinge wurde ausgeweitet. In Abstimmung mit dem AMS konnten bereits Deutschkurse für erwachsene Flüchtlinge, die keinen gesetzlichen Anspruch darauf haben, organisiert werden. Ein weiteres Projekt in Kooperation mit dem AMS ist der Kompetenz-Check, bei dem berufliche Qualifikationen aus dem Heimatland getestet werden. Neu gestartet wurden Mitte September 2015 die „Info-Module für Flüchtlinge“. Diese Informationsveranstaltungen rund um die Themen Wohnen, Gesundheit, Zusammenleben, Soziales und Bildung werden in Arabisch und Farsi/Dari abgehalten.

Neben politischen Maßnahmen, die die Durchreise und Unterbringung von Flüchtlingen bisher ermöglicht haben, zeigte sich ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement in Wien. Dabei trat die Stadt Wien helfend als Koordinator der freiwilligen Hilfstätigkeit zur Seite. Für alle WienerInnen, die sich aktiv in der Flüchtlingshilfe engagieren wollen, hat Wien gemeinsam mit den "Helfern Wiens" und zahlreichen Hilfsorganisationen die Plattform „Hilfe für Flüchtlinge in Wien“ ins Leben gerufen. Hier können sich Interessierte für ehrenamtliche Tätigkeiten melden, Wohnraum anbieten sowie Dinge des täglichen Gebrauchs beziehungsweise Geld an Hilfsorganisationen spenden. Und über die Handy-App „Wien.at live“ erfährt man praktisch stündlich, was an welchen Hotspots der Flüchtlingshilfe gebraucht wird.

#### 4.2.3. Neudörfel (Burgenland)<sup>64</sup>

In der burgenländischen Gemeinde Neudörfel (4.300 EinwohnerInnen) hat die Caritas bereits Flüchtlinge aus dem Jugoslawienkrieg betreut. Auch in der jetzigen Flüchtlingskrise engagiert sich die Gemeinde: Im „Haus Sarah“ sind derzeit 56 Menschen untergebracht und werden sozialpädagogisch betreut. Im Rahmen einer 24-Stunden-Betreuung werden den 30 Jugendlichen sowie 26 Erwachsenen Deutschkurse und anderer Unterricht sowie eine freizeitpädagogische Tagesstruktur mit Sport und Ausflügen angeboten. Einige der jungen Männer engagieren sich in Neudörfel etwa in der Freiwilligen Feuerwehr oder spielen Fußball beim Ortsverein. Etliche Freiwillige unterstützen die sechs angestellten Pädagogen.

Der Neudörfeler Bürgermeister Dieter Posch wirbt aktiv für sein Modell der Flüchtlingsunterbringung: *„Ich verliere lieber ein paar Stimmen als mein Gesicht.“* So weit kam es aber gar nicht: Bei der burgenländischen Landtagswahl 2015 gewann seine SPÖ in Neudörfel Stimmen dazu – im Gegensatz zum Landestrend.

#### 4.2.4. Puchenstuben (Niederösterreich)<sup>65</sup>

In der kleinen niederösterreichischen Gemeinde Puchenstuben im Bezirk Scheibbs kommen auf die derzeit 322 EinwohnerInnen 54 AsylwerberInnen. Jeder sechste Puchenstubener ist also ein Flüchtling. Obwohl der Anteil der Asylwerbenden überaus hoch ist, ist die Stimmung im Bergdorf nicht von Angst oder Abneigung geprägt. *„Die Gemeinde Puchenstuben hat sich bereits im Jahr 2004 dazu entschlossen, 40 Flüchtlinge aus Tschetschenien unterzubringen, um den Schulstandort halten zu können“*, so Bürgermeister Christian Kogler. 10 Jahre zuvor hätte die örtliche Volksschule aus Kindermangel zugesperrt werden müssen, nun wurde vor zwei Jahren sogar ein neuer Kindergarten eröffnet. *„Anfangs waren natürlich Ängste in der Bevölkerung vorhanden. Nach elf Jahren Erfahrung kann ich sagen, dass es kein einziges strafrechtliches Delikt gegeben hat. Es gab keine Einbrüche, wir müssen nichts fester zusperren als zuvor. Die meisten Asylwerber konnten sich gut integrieren.“*

#### 4.2.5. Gallneukirchen (Oberösterreich)<sup>66</sup>

Im Auftrag des Landes Oberösterreich hat das Diakoniewerk in der Stadtgemeinde Gallneukirchen (6.200 EinwohnerInnen) im Unteren Mühlviertel die Betreuung und Grundversorgung von 25 Flüchtlingen aus Syrien übernommen. *„Die Leute waren immer sofort in Betreuung. Man hat gesehen, sie sind gut angekommen, und man hat sie umsorgt und gut aufgenommen“*, so Bürgermeisterin Gisela Gabauer. Die Standorte der Einrichtungen

---

<sup>64</sup> vgl. Erzdiözese Wien (2015): Asyl: Landau lobt Neudörfel als Gegenmodell zu Traiskirchen; Der Standard (20.08.2015): Neudörfel – das freundliche Gesicht der Flüchtlingspolitik; ORF (27.09.2014): Asylwerber: Intensive Betreuung ist Erfolgsrezept; ORF (01.08.2014): Reportage: Asyl in Neudörfel

<sup>65</sup> Bezirksblätter Niederösterreich (29.06.2015): Asylwerber in Puchenstuben; ORF (07.07.2015): Puchenstuben: Jeder Sechste ist Asylwerber; Unsere Zeitung (08.08.2014): Asyl in Österreich: Puchenstuben zeigt, wie es geht

<sup>66</sup> vgl. Bezirksrundschau Oberösterreich (26.10.2014): Erste Flüchtlinge im Diakoniewerk angekommen; ORF (17.06.2015): Bevölkerung übernimmt Flüchtlingshilfe



sind so gewählt, dass das Ortszentrum, die Nahversorgung und das öffentliche Verkehrsnetz zu Fuß erreichbar sind, was den Asylsuchenden die Möglichkeit gibt, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadtgemeinde teilzunehmen.

Ehrenamtliche Helfer des Vereins „Gemeinsam in Gallneukirchen“ kümmern sich in ihrer Freizeit um die Flüchtlinge. Mehr als 40 Mitglieder gehören derzeit zum Verein. Sie helfen den Asylwerbenden bei der Suche nach einer Arbeit und einer Wohnung und versuchen, sie in die Dorfgemeinschaft einzubinden.

Der Wille zur Integration und das Engagement der BürgerInnen zeichnen die Arbeit in dieser Gemeinde aus. Ein Schlüssel dazu ist eine gute Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung.

#### 4.2.6. Gleisdorf (Steiermark)<sup>67</sup>

In der steirischen Stadt Gleisdorf (10.000 EinwohnerInnen) stehen seit Dezember 2014 zwei Liegenschaften, darunter ein ehemaliger Kindergarten, für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit. Die hier Asyl findenden Menschen werden von der Caritas, der Stadt und von Ehrenamtlichen betreut, um eine bestmögliche Integration in Alltag und Gesellschaft zu ermöglichen. Die Freiwilligen helfen beim Erwerb der deutschen Sprache, begleiten bei Arztbesuchen und unterstützen auf Ämtern.

Gleisdorfs Bürgermeister Christoph Stark betont die Selbstverständlichkeit im Zusammenhang mit humanistischen Initiativen: *„Uns allen war bei der Entscheidung, Flüchtlinge aufzunehmen, vollkommen klar, dass es auch Österreicher gibt, die dringend Hilfe benötigen. Aber wem, wenn nicht unserer hochentwickelten Gesellschaft, ist es zuzumuten, in einer Situation wie dieser die Hand auszustrecken?“* Pfarrer Gerhard Hörting aus Markt Hartmannsdorf führt an: *„Wir gewähren bei uns im Ort seit einiger Zeit vier Männern aus Damaskus und zwei Frauen mit insgesamt vier Kindern aus Georgien bzw. Somalia Quartier. Diese Beherbergung ist eine neue und schöne Erfahrung.“*

#### 4.2.7. Eichgraben (Niederösterreich)<sup>68</sup>

In der niederösterreichischen Gemeinde Eichgraben hat die Aufnahme von Flüchtlingen eine lange Tradition. Im Jahr 1956 wurden Ungarn-Flüchtlinge im Pfarrhaus untergebracht, im Jahr 1968 einige Tschechen, in den 1990er-Jahren mehrere Iraner und im Jahr 2004 jene vier Nigerianer, die später Vorlage für den Film „Der schwarze Löwe“ waren. Im Oktober 2014 hat sich die 4.500-EinwohnerInnen-Gemeinde bereit erklärt, wieder Flüchtlinge aufzunehmen. 25 Menschen aus dem Iran, dem Irak, Syrien, Georgien, Russland, Tschetschenien und dem Libanon wurden in einem ehemaligen Wirtshaus untergebracht.

---

<sup>67</sup> vgl. Kleine Zeitung (04.09.2015): Bürgermeister Stark: "Flüchtlinge willkommen!"; Woche Steiermark (04.01.2015): Gleisdorf gewährt Flüchtlingen Asyl

<sup>68</sup> vgl. Bezirksblätter Niederösterreich (23.02.2015): Flüchtlinge in Eichgraben: "Vertrauen durch Offenheit"; Falter 32/15: Persönliches zur Asyldebatte: Wie mein Dorf zu einer Vorzeigegemeinde wurde; Kurier (23.12.2014): Flucht ist kein Verbrechen; ORF (27.12.2014): Eichgraben: Ein Ort hilft Flüchtlingen

Die Initiative „Mosaik Eichgraben“ kümmert sich um die Inklusion der Flüchtlinge in der Wienerwaldgemeinde. Dazu gibt es eine Menge an Veranstaltungen und Projekten, die ein Miteinander fördern. Etwa einen Kreativ-Workshop, der bei einer örtlichen Keramikerin stattfand, bei dem sich die Flüchtlinge gemeinsam mit EichgrabnerInnen kreativ betätigen konnten. Die Kunstwerke wurden anschließend bei einem Fest, auf dem Asylwerbende musizierten, zugunsten der Finanzierung der Initiative verkauft und versteigert. Spielsachen werden gesammelt, es wird gemeinsam gekocht und getöpft. Ein weiteres Projekt ist der Wäsche-Shop. 100 EichgrabnerInnen spendeten Kleidung, im Pfarrhaus können die Flüchtlinge die Sachen anprobieren. Auch Willkommensfeste wurden veranstaltet, bei denen sich EichgrabnerInnen und Flüchtlinge kennen lernen und näher kommen konnten.

#### 4.2.8. Wolfau (Burgenland)<sup>69</sup>

Auch die burgenländische Gemeinde Wolfau im Bezirk Oberwart hat in den letzten Jahrzehnten bereits Erfahrung mit Flüchtlingen gesammelt. *„Jetzt haben wir zum vierten Mal Flüchtlinge hier und das Zusammenleben funktioniert gut“*, sagt Bürgermeister Walter Pfeiffer. Seit den frühen 1980er-Jahren – nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen – bietet die 1.400-EinwohnerInnen-Gemeinde im Südburgenland Flüchtlingen Unterkunft. Die anfängliche Unsicherheit im Ort sei breiter Akzeptanz gewichen. 72 Männer aus 14 Nationen leben derzeit in Wolfau. Zehn der Männer sind in einem privaten Flüchtlingsquartier, 62 in einem ehemaligen Gasthaus untergebracht.

Für das reibungslose Zusammenleben zwischen den „Alteingesessenen“ und den Flüchtlingen sorgt Assad Wasta Abd. Der 37-jährige Kurde ist 2003 selbst als Flüchtling vom Nordirak nach Österreich gekommen. In der Flüchtlingspension hat er seit einem Jahr die Position des „Hausmeisters“ inne. Weil er neben Deutsch fünf weitere Sprachen fließend spricht, vermittelt er zwischen Flüchtlingen, Behörden und EinwohnerInnen.

Die Flüchtlinge werden in Wolfau aktiv in das Vereinsleben integriert. So engagieren sich derzeit ein Iraker und ein Syrer im örtlichen Verschönerungsverein, der Fußballclub SV Wolfau wurde um vier Flüchtlinge verstärkt, auch beim sommerlichen Sportfest helfen die Neuankömmlinge mit.

#### 4.2.9. Bad Eisenkappel (Kärnten)<sup>70</sup>

In der 2.400-Einwohner-Gemeinde Bad Eisenkappel, nahe der slowenischen Grenze gelegen, hatte sich Bürgermeister Franz Josef Smrtnik schon 2009 dafür eingesetzt, ein neues Asylwerber-Erstaufnahmезentrum zu errichten. Das Gemeindebudget von fünf Millionen Euro wurde damals jährlich um 500.000 Euro überzogen. Die Zahl der EinwohnerInnen war in den vergangenen 30 Jahren um ein Drittel zurückgegangen, Arbeit gab es kaum noch. Mit

---

<sup>69</sup> vgl. Kurier (03.07.2015): "Die Flüchtlinge sind sehr fleißig, da gibt's nichts"; ORF (12.04.2006): Beispielhafte Flüchtlingsbetreuung

<sup>70</sup> vgl. Die Presse (04.07.2009): Franz Josef Smrtnik: Der Asylrebell aus Kärnten; Kleine Zeitung (12.07.2015): Achmed und Liban: Flüchtlinge packen in der Gemeinde mit an; Kurier (21.06.2015): Bad Eisenkappel: Kontakt wird gefördert

dem Erstaufnahmezentrum wären 130 Arbeitsplätze geschaffen worden, außerdem eine Standortgarantie für Schule und Polizeiinspektion. Eine Wertschöpfung von 5,4 Millionen Euro jährlich wurde prognostiziert. Das Vorhaben scheiterte schließlich am Widerstand des damals noch in Kärnten regierenden BZÖ.

Nun stehen in Bad Eisenkappel zwei Asylwerberunterkünfte für insgesamt 105 Flüchtlinge zur Verfügung. Nachdem Asylwerbende keiner offiziellen Beschäftigung nachgehen dürfen, hat die Gemeinde nun, mit finanzieller Unterstützung von Privatsponsoren, ein Beschäftigungsprogramm gestartet. Dabei dürfen die Flüchtlinge 24 Stunden in der Woche zu vier Euro pro Stunde einer Arbeit nachgehen, für die keine EU-BürgerInnen oder entsprechend rechtlich gleichgestellte AusländerInnen zur Verfügung stehen. So helfen Asylwerbende in Bad Eisenkappel nun zum Beispiel am Bauhof mit, bei Wartungsarbeiten im Wasserwerk oder bei der Pflege der Grünanlagen im Ort.

#### 4.2.10. Weitensfeld (Kärnten)<sup>71</sup>

In Weitensfeld in Kärnten (2.100 EinwohnerInnen) hat die Wirtin Elisabeth Steiner eine Atmosphäre geschaffen, in der Integration gelingen soll. Beim „Bärenwirt“ haben zehn syrische Flüchtlinge Quartier bezogen. Die Räumlichkeiten und der große Garten eignen sich gut für Familien. Das Besondere an diesem Projekt: Das Wirtshaus ist nicht nur ein Flüchtlingsquartier, sondern ein „offenes Haus“. Die Gastwirtschaft wird weiter betrieben. So hat die Bevölkerung die Möglichkeit, die Flüchtlinge und ihre Schicksale direkt kennenzulernen. Um das zu fördern hat Steiner zusätzlich einen „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Bei Kaffee, Kuchen, Glühwein und orientalischen Häppchen konnten EinwohnerInnen und Flüchtlinge einander näherkommen.

#### 4.2.11. Kitzbühel (Tirol)<sup>72</sup>

Seit März 2015 leben in der Tourismusmetropole Kitzbühel (8.200 Einwohner, 9.000 Gästebetten) bis zu 40 Flüchtlinge im Hotel Seehof. Die Versorgung übernimmt das Land, unterstützt wird es von der Kirche und ehrenamtlichen HelferInnen. Rund 40 von ihnen sind engagiert im Einsatz und helfen den Flüchtlingen beim Einkaufen, mit den Kindern und bei den Deutsch-Kursen. Vor Ort wird zudem eine psychologische Betreuung für die teils schwer traumatisierten Menschen angeboten. Die Integration soll möglichst einfach gestaltet sein. Während die Kinder Kindergarten und Schule besuchen, können einige Männer öffentliche Arbeiten verrichten (80 Stunden monatlich, Stundenlohn 3 Euro). Zudem bemühen sich die Flüchtlinge, einiges im Haus zu reparieren, die Außenanlage zu pflegen und sie kochen selbst.

Die Organisatorin des Heims ist positiv überrascht vom gut gelingenden Zusammenleben: *„Die Bevölkerung ist unerwartet hilfsbereit, auch die Stadt hilft uns sehr, Feindseligkeiten*

---

<sup>71</sup> vgl. Kleine Zeitung (08.10.2014): Asylquartier als "offenes Haus" geplant; Kleine Zeitung (24.12.2014): Flüchtlinge kennenlernen: Tag der offenen Tür in Weitensfeld

<sup>72</sup> vgl. Bezirksblätter Tirol (02.05.2015): Flüchtlinge im Seehof von 40 Ehrenamtlichen umsorgt; Tiroler Tageszeitung (16.12.2014): Kitzbühel vor Ankunft der Flüchtlinge

*gibt es nur auf sozialen Netzwerken, ansonsten zeigen die Kitzbüheler gutes Gemüt, auch über das Spendenkonto kommt immer etwas herein.“* Auch Freizeitmöglichkeiten und -projekte wurden gestartet. So kommt wöchentlich eine KünstlerInnen-Gilde zu Besuch und malt mit den Flüchtlingen Bilder. Einige der Asylwerbenden sind auch schon in Sportvereinen aktiv.

#### **4.2.12. Traiskirchen (Niederösterreich)<sup>73</sup>**

Selbst in prekären Situationen muss die Stimmung in der Bevölkerung nicht ins Negative umschlagen, wenn man dagegen aktiv etwas tut, wie die Beispiele von Gemeinden Traiskirchen und Krumpendorf zeigen, in denen Massenlager eingerichtet wurden.

In der 18.000-Einwohner-Gemeinde Traiskirchen steht nur wenige hundert Meter vom Ortszentrum entfernt und in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Österreichs größtes Erstaufnahmezentrum. Seit Ende 2014 ist das Lager chronisch überfüllt: Im Sommer 2015 waren bereits 4.500 Menschen untergebracht, ein Gutteil davon obdachlos auf den Freiflächen rund um das ehemalige Kasernengebäude lebend.

Was nach einem fruchtbaren Boden für Ausländerfeindlichkeit und einem Heimspiel für rechte Parteien mit einer harten Anti-Flüchtlingspolitik klingt, ist nicht so: SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler hat bei den Gemeinderatswahlen 2015 mit über 73% das beste Ergebnis aller Zeiten für seine Partei eingefahren, die FPÖ lag bei nur 14%. Babler hat dieses Ergebnis ohne Anstreifen an rechten Positionen geschafft, sondern mit intensiver Kommunikation mit der eigenen Bevölkerung und einem beherzten Kampf für bessere Bedingungen für Flüchtlinge. Er hat einen Fünf-Punkte-Plan für eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge entwickelt, für mehr, aber kleinere Aufnahmezentren, höhere Tagsätze und Qualitätsstandards. In Wien hat er gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Kirchen eine Demonstration für „Solidarität mit Traiskirchen“ und „Massenlager abschaffen, Flüchtlinge menschlich unterbringen“ organisiert. Seine Politik richte sich „nicht gegen die Leute, die mit Plastiksackerln flüchten, sondern gegen jene, die für Massenlager verantwortlich sind.“ Wesentlich zum Erfolg beigetragen haben in Traiskirchen aber auch zahlreiche engagierte Privatpersonen, Familien, Hilfsorganisationen und eine meist verständnisvolle Polizei.

#### **4.2.13. Krumpendorf (Kärnten)<sup>74</sup>**

In der 3.400 EinwohnerInnen starken Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee wurde ein Zeltlager für 240 Asylwerbende eingerichtet. Gleich nach der Eröffnung des Lagers wurden die Flüchtlinge mit einem von einer Klagenfurter Künstlergemeinschaft initiierten und von Bürgermeisterin Hilde Gaggl unterstützten Benefizkonzert willkommen geheißen, gut tausend BesucherInnen feierten mit. Zu Problemen ist es bislang nicht gekommen: „Die Flüchtlinge sind äußerst dankbar und sehr kooperativ“, sagt Otmar Roschitz, Polizeibeamter

---

<sup>73</sup> vgl. ORF (25.01.2015): Traiskirchen: SPÖ baut Mehrheit aus; Profil (29.09.2014): Andreas Babler hat einen unmöglichen Job: Er ist Bürgermeister von Traiskirchen

<sup>74</sup> vgl. Kleine Zeitung (15.07.2015): „Wir kamen her, um zu überleben“; Wirtschaftsblatt (25.08.2015): Tourismus: Rekordzahlen trotz Asylwerber; Woche Kärnten (13.07.2015): Willkommensfest für Flüchtlinge in Krumpendorf

des Innenministeriums vor Ort. Den ganzen Tag höre man nur „danke“. Von den Einheimischen und der Gemeinde werde jeden Tag Hilfe angeboten. Freiwillige hätten Deutschkurse organisiert.

Nachdem Anfang Juli die Krumpendorfer Kaserne als Zwischenlager für 240 Asylwerbende geöffnet wurde, befürchtete die Gemeinde einen Rückgang der Buchungen. „Ich war selbst überrascht“, sagt Tourismussprecher Matthias Köchl, „aber wir haben die höchste Touristenzahl seit 2011“. Von 6.100 Gästen im Juli des Vorjahres stieg die Zahl im Jahr 2015 auf 6.300 Gäste an. Nur zwölf Stornierungen habe es gegeben, bei denen die Flüchtlinge als Grund angegeben wurden.

## Quellen

Amnesty International (2011): Fremdenrechtsänderungsgesetz 2011

<https://www.amnesty.at/de/menu13/artikel438/?highlight=true&unique=1441355289>

Amnesty International (2015): Änderung des Fremdenrechtsgesetzes

<https://www.amnesty.at/de/menu13/artikel510/?filter=first-7>

Amnesty International (2015): Research Mission Traiskirchen

<https://www.amnesty.at/de/traiskirchen>

AMS Oberösterreich (2015): Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerberinnen und Asylwerber

[http://www.ams.at/\\_docs/400\\_Asyl-Folder\\_DEUTSCH.pdf](http://www.ams.at/_docs/400_Asyl-Folder_DEUTSCH.pdf)

Arbeiterkammer Vorarlberg: Daten, Zahlen, Fakten zum Asylthema

[http://vbg.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/Soziales/Daten\\_Zahlen\\_Fakten\\_zum\\_Asyalthema.html](http://vbg.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/Soziales/Daten_Zahlen_Fakten_zum_Asyalthema.html)

Bezirksblätter Niederösterreich (23.02.2015): Flüchtlinge in Eichgraben: "Vertrauen durch Offenheit"

<http://www.meinbezirk.at/herzogenburgtraismauer/politik/fluechtlinge-in-eichgraben-vertrauen-durch-offenheit-d1254105.html>

Bezirksblätter Niederösterreich (29.06.2015): Asylwerber in Puchenstuben

<http://www.meinbezirk.at/scheibbs/chronik/asylwerber-in-puchenstuben-d1398020.html>

Bezirksblätter Tirol (02.05.2015): Flüchtlinge im Seehof von 40 Ehrenamtlichen umsorgt

<http://www.meinbezirk.at/kitzbuehel/leute/fluechtlinge-im-seehof-von-40-ehrenamtlichen-umsorgt-d1332967.html>

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl: Aufgaben des BFA

<http://www.bfa.gv.at/bundesamt/aufgaben/start.aspx>

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl: Jahresbilanz 2014

<http://www.bfa.gv.at/files/Statistiken/BFA%20Jahresbilanz%202014.pdf>

Bundeskanzleramt Österreich: Asylberechtigter

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.992430.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Asylverfahren

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/321/Seite.3210002.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Asylwerber

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.992431.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Schubhaft.

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.991282.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.990027.html>

Bundesministerium für Inneres: Vorläufige Asylstatistik September 2015

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Asylwesen/statistik/files/2015/Asylstatistik\\_September\\_2015.pdf](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/2015/Asylstatistik_September_2015.pdf)

Bundesministerium für Inneres: Asylwesen

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Asylwesen/betreuung/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/betreuung/start.aspx)

Bundesministerium für Inneres: Statistik Asylwesen

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Asylwesen/statistik/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/start.aspx)

Bundesverwaltungsgericht: Zulassungsverfahren

<http://www.bvwg.gv.at/Glossar/Z/zulassungsverfahren.html>

Bundeszentrale für politische Bildung: Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57839/schweden>

Caritas Österreich: Flüchtlingstragödie im Mittelmeer

<https://www.caritas.at/fluechtlingstragoedie-mittelmeer>

Caritas Österreich: Gegen Unrecht <http://www.gegen-unrecht.at/>

Der Standard (17.03.2015): Subsidiärer Schutz: Wenn der Koffer immer halb gepackt ist

<http://derstandard.at/2000013061976/Subsidiarer-Schutz-Wenn-der-Koffer-immer-halb-gepackt-ist>

Der Standard (18.08.2015): Einigung bei Durchgriffsrecht – Quote von 1,5 Prozent für Gemeinden

<http://derstandard.at/2000020850062/Asyl-SPOe-OeVP-und-Gruene-einigten-sich-bei-Durchgriffsrecht>

Der Standard (20.08.2015): Neudörfl – das freundliche Gesicht der Flüchtlingspolitik

<http://derstandard.at/2000020979543/Das-freundliche-Gesicht-der-oesterreichischen-Fluechtlingspolitik>

Der Standard (06.09.2015): Cameron will Grünes Licht für Einsatz in Syrien

<http://derstandard.at/2000021786241/Cameron-will-Gruenes-Licht-fuer-Einsatz-in-Syrien>

Demokratiezentrum Wien (2013): Asyl in Österreich

<http://demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/asyl-in-oesterreich.html>

Die Presse (04.07.2009): Franz Josef Smrtnik: Der Asylrebell aus Kärnten

<http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/492599/Franz-Josef-Smrtnik-Der-Asylrebell-aus-Kaernten>

Die Presse (15.05.2014): Italien: Wo Flüchtlinge als Chance betrachtet werden

[http://diepresse.com/home/politik/eu/3806309/Italien\\_Wo-Fluechtlinge-als-Chance-betrachtet-werden](http://diepresse.com/home/politik/eu/3806309/Italien_Wo-Fluechtlinge-als-Chance-betrachtet-werden)

Die Presse (30.07.2015): Seit 1945: Österreich nahm zwei Millionen Flüchtlinge auf

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4789503/Seit-1945-Oesterreich-nahm-zwei-Mio-Fluechtlinge-auf>

Die Presse (26.08.2015): Internationale Solidarität ist gefragt

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/4806549/Internationale-Solidaritaet-ist-gefragt>

Erzdiözese Wien (2015): Asyl: Landau lobt Neudörfel als Gegenmodell zu Traiskirchen

<http://www.erzdiözese-wien.at/site/home/nachrichten/article/44484.html>

Eurostat (2015): Asyl in der EU

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6751783/3-20032015-BP-DE.pdf/23ee1e9b-19e3-4453-9b2a-f810c03c4a22>

Eurostat: Asyl in der EU im ersten Quartal 2015

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6888001/3-18062015-CP-DE.pdf/5a819c5c-6c72-4a90-bf5b-e5456610ffda>

Falter 32/15: Persönliches zur Asyldebatte: Wie mein Dorf zu einer Vorzeigegemeinde wurde.

Förderverein Pro Asyl: Die EU-Aufnahmerichtlinie: Grenzen und Chancen für den Flüchtlingsschutz

<http://www.proasyl.de/de/ueber-uns/stiftung/projekte/icf/2/die-eu-aufnahmerichtlinie>

Förderverein Pro Asyl (2015): Erneut 400 Tote: Das Sterben an den EU-Grenzen nimmt dramatisch zu

[http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/weitere\\_400\\_bootsfluechtlinge\\_sind\\_tot\\_das\\_sterben\\_an\\_den\\_eu\\_grenzen\\_nimmt\\_dramatisch\\_zu-1](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/weitere_400_bootsfluechtlinge_sind_tot_das_sterben_an_den_eu_grenzen_nimmt_dramatisch_zu-1)

Frontex: Mission and Tasks

<http://frontex.europa.eu/about-frontex/mission-and-tasks>



Informationsverbund Asyl und Migration (2015): 6 Punkte Sofortmaßnahmenkatalog  
[http://www.asyl.at/fakten\\_2/6punkte\\_sofortmasnahmenkatalog\\_0615.pdf](http://www.asyl.at/fakten_2/6punkte_sofortmasnahmenkatalog_0615.pdf)

Informationsverbund Asyl und Migration: Dublin-Verordnung, Drittstaatenregelung  
<http://www.asyl.net/?id=85>

Informationsverbund Asyl und Migration: Eurodac-Verordnung  
<http://www.asyl.net/index.php?id=200>

International Organization for Migration (2014): IOM Applauds Italy's Life-Saving Mare Nostrum Operation  
<http://www.iom.int/news/iom-applauds-italys-life-saving-mare-nostrum-operation-not-migrant-pull-factor>

Kleine Zeitung (08.10.2014): Asylquartier als "offenes Haus" geplant  
[http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/stveit/3902348/Weitensfeld\\_Asylquartier-als-offenes-Haus-geplant](http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/stveit/3902348/Weitensfeld_Asylquartier-als-offenes-Haus-geplant)

Kleine Zeitung (24.12.2014): Flüchtlinge kennenlernen: Tag der offenen Tür in Weitensfeld  
[http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/feldkirchen/4626268/KAerNTEN\\_Fluchtlingsquartier-offnet-seine-Turen-](http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/feldkirchen/4626268/KAerNTEN_Fluchtlingsquartier-offnet-seine-Turen-)

Kleine Zeitung (12.07.2015): Achmed und Liban: Flüchtlinge packen in der Gemeinde mit an  
[http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/voelkermarkt/peak\\_voelkermarkt/4774289/EisenkappelVellach\\_Fluchtlinge-packen-in-der-Gemeinde-mit-an](http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/voelkermarkt/peak_voelkermarkt/4774289/EisenkappelVellach_Fluchtlinge-packen-in-der-Gemeinde-mit-an)

Kleine Zeitung (15.07.2015): „Wir kamen her, um zu überleben“.  
[http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/klagenfurt/4776951/Zeltlager-Krumpendorf\\_Wir-kamen-her-um-zu-uberleben](http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/klagenfurt/4776951/Zeltlager-Krumpendorf_Wir-kamen-her-um-zu-uberleben)

Kleine Zeitung (04.09.2015): Bürgermeister Stark: "Flüchtlinge willkommen!"  
[http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/weiz/peak\\_weiz/4813489/Gleisdorf\\_Burgermeister-Stark\\_Fluchtlinge-willkommen](http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/weiz/peak_weiz/4813489/Gleisdorf_Burgermeister-Stark_Fluchtlinge-willkommen)

Kurier (23.12.2014): Flucht ist kein Verbrechen  
<http://kurier.at/chronik/niederosterreich/flucht-ist-kein-verbrechen/104.270.469>

Kurier (21.06.2015): Bad Eisenkappel: Kontakt wird gefördert  
<http://kurier.at/chronik/oesterreich/integrationsgemeinde-2015/bad-eisenkappel-kontakt-wird-gefoerdert/136.928.414>

Kurier (03.07.2015): "Die Flüchtlinge sind sehr fleißig, da gibt's nichts"  
<http://kurier.at/chronik/burgenland/integrationsgemeinde-wolfau-die-fluechtlinge-sind-sehr-fleissig-da-gibts-nichts/139.628.264>

Kurier (26.07.2015): Österreich, die Tür zum Asylparadies?

<http://kurier.at/politik/inland/oesterreich-die-tuer-zum-asylparadies/143.413.784>

Kurier (22.09.2015): Einigung: 120.000 Flüchtlinge werden verteilt

<http://kurier.at/politik/eu/eu-innenminister-mit-einigung-120-000-fluechtlinge-werden-verteilt/154.158.234>

Land Salzburg: Grundversorgung

<http://www.salzburg.gv.at/grundversorgung>

Land Steiermark: Grundversorgung von AsylwerberInnen

<http://www.soziales.steiermark.at/cms/ziel/112908349/DE/>

Magistrat der Stadt Wien: Der Wiener Weg in der Flüchtlingspolitik

<https://www.wien.gv.at/gesellschaft/fluechtlinge/wiener-fluechtlingspolitik.html>

Migrationsrecht.net: Qualifikationsrichtlinie

<http://www.migrationsrecht.net/richtlinie-2011/95/eu-neufassung-der-qualifikationsrichtlinie/dokument-details.html>

Mediendienst Integration: Die europäische Asylpolitik und der Grenzschutz

<http://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/eu-grenzen.html#c1168>

Netzwerk Migration in Europa (2001): Österreich: Keine Asylanträge aus dem Ausland mehr

<http://www.migration-info.de/artikel/2001-11-19/oesterreich-keine-asylantraege-aus-dem-ausland-mehr>

Neue Zürcher Zeitung (30.08.2015): Arithmetik der Macht: Warum es noch keine Asylquote gibt

<https://nzz.at/s/YKPdJ-14mP>

Neue Zürcher Zeitung (22.09.2015): Der Stand der Flüchtlingskrise im Überblick

<http://www.nzz.ch/international/fluechtlingskrise/der-stand-der-fluechtlingskrise-im-ueberblick-ld.2025>

ORF (12.04.2006): Beispielhafte Flüchtlingsbetreuung

<http://bglv1.orf.at/stories/102256>

ORF (21.08.2012): Riace – das gallische Dorf in der EU

<http://fm4.orf.at/stories/1702485/>

ORF (01.08.2014): Reportage: Asyl in Neudörfel

<http://oe1.orf.at/artikel/383721>

ORF (27.09.2014): Asylwerber: Intensive Betreuung ist Erfolgsrezept  
<http://oe1.orf.at/artikel/387774>

ORF (27.12.2014): Eichgraben: Ein Ort hilft Flüchtlingen  
<http://noe.orf.at/news/stories/2686340/>

ORF (25.01.2015): Traiskirchen: SPÖ baut Mehrheit aus  
<http://noe.orf.at/news/stories/2691298/>

ORF (17.06.2015): Flüchtlingsverteilung  
<http://fm4.orf.at/stories/1759954>

ORF (07.07.2015): Puchenstuben: Jeder Sechste ist Asylwerber  
<http://noe.orf.at/news/stories/2719994/>

ORF (02.09.2015): Systematisch unterfinanziert  
<http://orf.at/stories/2295934/2295935>

Profil (18.05.2011): Italien: Ein Bürgermeister rettet Bootsflüchtlinge und damit sein Dorf  
<http://www.profil.at/home/italien-ein-buergermeister-bootsfluechtlinge-dorf-296768>

Profil (29.09.2014): Andreas Babler hat einen unmöglichen Job: Er ist Bürgermeister von Traiskirchen  
<http://www.profil.at/oesterreich/andreas-babler-job-er-buergermeister-traiskirchen-378054>

Rechtsinformationssystem des Bundes: Asylgesetz 2005  
<https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NO R40112468>

Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Ausländerbeschäftigungsgesetz  
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008365>

Süddeutsche Zeitung (31.08.2015): Offenes Land – verschlossenes Land  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asyldebatte-offenes-land-verschlossenes-land-1.2628506>

Tiroler Tageszeitung (16.12.2014): Kitzbühel vor Ankunft der Flüchtlinge  
<http://www.tt.com/panorama/gesellschaft/9387288-91/kitzbuehel-vor-ankunft-der-fluechtlinge.csp>

UNHCR (2010): Asyl: Unterschiedliche Verfahrensstandards innerhalb der EU  
<http://www.unhcr.de/home/artikel/1d471b6d41ffb3b84b863d20899ffbcf/asyl-unterschiedliche-verfahrensstandards-innerhalb-der-eu.html>

UNHCR (2013): Flucht und Asyl in Österreich  
[http://www.unhcr.at/fileadmin/user\\_upload/dokumente/02\\_unhcr/in\\_oesterreich/Questions\\_Answers\\_2013.pdf](http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/02_unhcr/in_oesterreich/Questions_Answers_2013.pdf)

UNHCR: Flüchtlingsland Österreich  
<http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich.html>

UNHCR: Flüchtlingsland Österreich – Glossar  
<http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/glossar.html>

UNHCR: Global Trends 2014  
<http://unhcr.org/556725e69.html>

UNHCR: Q&A: Asylsuchende in Österreich  
<http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html>

UNHCR (2015): Total number of Syrian refugees exceeds four million for first time  
<http://www.unhcr.org/559d67d46.html>

UNO-Flüchtlingshilfe: Zahlen & Fakten  
<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>

Unsere Zeitung (08.08.2014): Asyl in Österreich: Puchenstuben zeigt, wie es geht  
<http://www.unsere-zeitung.at/2014/08/08/asyl-in-oesterreich-puchenstuben-zeigt-wie-es-geht/>

Woche Kärnten (13.07.2015): Willkommensfest für Flüchtlinge in Krumpendorf  
<http://www.meinbezirk.at/klagenfurt/chronik/willkommensfest-fuer-fluechtlinge-in-krumpendorf-d1413886.html>

Woche Steiermark (04.01.2015): Gleisdorf gewährt Flüchtlingen Asyl  
<http://www.meinbezirk.at/graz-umgebung/chronik/gleisdorf-gewaehrt-fluechtlingen-asyl-d1201690.html>

Wirtschaftsblatt (25.08.2015): Tourismus: Rekordzahlen trotz Asylwerber  
[http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/4806482/Tourismus\\_Rekordzahlen-trotz-Asylwerber](http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/4806482/Tourismus_Rekordzahlen-trotz-Asylwerber)

Zeit Online (13.11.2012): Flüchtlinge retten Riace vor dem Untergang  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-11/italien-dorf-riace-fluechtlinge-zuhause>

## Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die "Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung" (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage [www.politikberatung.or.at](http://www.politikberatung.or.at).

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.